



**Institut für
Wirtschaftsforschung
Halle**

Die wirtschaftliche Lage Russlands Neunzehnter Bericht

Die wirtschaftliche Lage der Republik Belarus Neunzehnter Bericht

1/2002
Sonderheft

Die wirtschaftliche Lage Russlands

Neunzehnter Bericht

Die wirtschaftliche Lage der Republik Belarus

Neunzehnter Bericht

Halle (Saale), im Juli 2002

Die wirtschaftliche Lage Russlands	7
Neunzehnter Bericht	

Die wirtschaftliche Lage der Republik Belarus	27
Neunzehnter Bericht	

Herausgeber:
INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG HALLE – IWH

Hausanschrift: Kleine Märkerstraße 8, 06108 Halle (Saale)
Postanschrift: Postfach 11 03 61, 06017 Halle (Saale)
Telefon: (03 45) 77 53 - 60
Telefax: (03 45) 77 53 820
Internetadresse: <http://www.iwh-halle.de>

Alle Rechte vorbehalten
Druck bei Druckhaus Schütze GmbH,
Fiete-Schulze-Str. 6, 06116 Halle (Saale)

ISBN 3-930963-69-X

Der Bundesminister für Wirtschaft und Technologie hat mit Schreiben vom 12. Dezember 2001 das Institut für Wirtschaftsforschung Halle damit beauftragt, das 1992 begonnene Forschungsvorhaben mit dem Titel „Die wirtschaftliche Lage Russlands und der Republik Belarus“ im Jahr 2002 fortzuführen. Das Institut legt hiermit die neunzehnten Berichte über die Wirtschaft von Russland und Belarus vor. Redaktionell wurden die Berichte im Wesentlichen Ende Juni 2002 abgeschlossen.

Nach den Vorstellungen des Auftraggebers sollten die Berichte im Umfang knapp gehalten werden. Sie konzentrieren sich deshalb auf die wichtigsten Aspekte der wirtschaftlichen Entwicklung und der gewählten Schwerpunkte.

Beide Berichte werden zusammen mit Studien über andere mittel- und osteuropäische Länder von der Bundesstelle für Außenwirtschaftsinformation (bfai) veröffentlicht.

Verzeichnis der Mitarbeiter

Die wirtschaftliche Lage Russlands

Verfasser: Bogdan Gorokhovskij

Martina Kämpfe

Statistik: Simone Lösel

Technische Mitarbeit: Katrin Renneberg

Ingrid Dede

Die wirtschaftliche Lage der Republik Belarus

Verfasser: Werner Gnoth

Thomas Linne

Statistik: Simone Lösel

Technische Mitarbeit: Katrin Renneberg

Ingrid Dede

Inhaltsverzeichnis

Die wirtschaftliche Lage Russlands

Zusammenfassung	9
Produktion und Verwendung des BIP	10
Arbeitslosigkeit, Beschäftigung und soziale Lage	12
Fiskalpolitik und Haushalt	16
Inflation und Geldpolitik	20
Außenwirtschaftliche Entwicklung und Zahlungsbilanz	23
Wirtschaftspolitische Maßnahmen, Privatisierung und Strukturwandel	25

Die wirtschaftliche Lage der Republik Belarus

Zusammenfassung	29
Produktion und Verwendung des BIP	30
Arbeitsmärkte, soziale Lage	34
Staatshaushalt und Fiskalpolitik	34
Inflation und Geldpolitik	36
Außenwirtschaftliche Entwicklung und Zahlungsbilanzprobleme	41
Wirtschaftspolitische Maßnahmen, Privatisierung und Strukturwandel	42
Ausblick	44

Die wirtschaftliche Lage Russlands

Neunzehnter Bericht

Die wirtschaftliche Lage Russlands

Zusammenfassung

Das Bruttoinlandsprodukt wuchs im Jahr 2001 nochmals kräftig um 5%, obwohl die wirtschaftliche Entwicklung nicht mehr von der günstigen Weltkonjunktur für Energieträger und Metalle und einem unterbewerteten Rubel profitieren konnte. Das Wachstum wurde vor allem vom privaten Konsum getragen, während die Investitionsnachfrage unter dem Eindruck sinkender Exporteinnahmen litt. Bei weiterhin steigenden Importen ging der Außenbeitrag zurück. Der Leistungsbilanzüberschuss verringerte sich gegenüber dem Vorjahr. Die Zahl der Arbeitslosen ging zurück, Reallohn und reale Renten stiegen. Infolgedessen nahm der Anteil der Armen an der Bevölkerung deutlich ab. Der konsolidierte Haushalt wies aufgrund einer verbesserten Steuereinzahlung und einer moderaten Ausgabenpolitik einen hohen Überschuss aus, der die Bedienung der Auslandsschulden sicherte. Die öffentliche Verschuldung ging auf knapp 50% des BIP zurück, was allerdings im beträchtlichen Maße auch auf die reale Aufwertung des Rubel zurückzuführen war. Die Inflation ist gegenüber dem Vorjahr kaum gesunken, da von der Geldpolitik inflationäre Wirkungen ausgingen. Diese entstanden insbesondere durch die Zunahme der Devisenreserven. Mit der Verringerung der Devisenabfuhrpflicht für Exporteure im September 2001 hat die Zentralbank aber ein weiteres automatisches Anwachsen begrenzt. Die Wirtschaftsreformen wurden mit der Verabschiedung weiterer Gesetze im Herbst vergangenen Jahres und zu Beginn 2002 fortgesetzt. Dazu zählen insbesondere das Bodengesetzbuch, das neue Privatisierungsgesetz und das Arbeitsgesetzbuch. Die institutionellen Rahmenbedingungen haben sich auch für ausländische Direktinvestoren verbessert, was sich allerdings auf den Umfang der Investitionen im Jahr 2001 noch nicht auswirkte. Für das Jahr 2002 ist eine leichte weitere Abschwächung des BIP-Wachstums auf 4% zu erwarten, die im Wesentlichen auf einen erneut rückläufigen Außenbeitrag und eine restriktive Fiskalpolitik zurückzuführen ist. Wachstumsträger wird erneut die Inlandsnachfrage sein, und hier insbesondere der private Konsum. Im Jahr 2003 ist mit einer Beschleunigung des Wirtschaftswachstums auf 5% zu rechnen.

Produktion und Verwendung des BIP

Die wirtschaftliche Entwicklung verlief auch im Jahr 2001 grundsätzlich positiv. Zwar kamen die Sonderbedingungen des Vorjahres mit der außerordentlich günstigen Weltkonjunktur für Energieträger und Metalle nicht mehr zum Tragen. Trotzdem wuchs das Bruttoinlandsprodukt noch um ca. 5%.¹

Der Beitrag der Netto-Exporte fiel erstmals seit Jahren negativ aus, wobei diese Schwäche von Quartal zu Quartal zunahm. Das Wachstum wurde somit von der Binnennachfrage getragen. So wuchs der private Konsum infolge gestiegener Realeinkommen um fast 9%. Die Exportschwäche übertrug sich allerdings auf die Investitionsnachfrage, deren Wachstumsrate sich gegenüber dem Vorjahr fast halbierte (auf ebenfalls 9%). Neben dem Rückgang der Weltmarktpreise für Energie und andere wichtige Rohstoffe trugen drastisch gestiegene Lohnkosten bei beschränkten Preiserhöhungsspielräumen zu einer Verschlechterung der Gewinnsituation der Unternehmen bei. Im vierten Quartal 2001 vermochte die Binnennachfrage den Rückgang des Außenbeitrages nicht mehr voll zu kompensieren, und das BIP-Wachstum schwächte sich ab.

Vor dem Hintergrund einer rückläufigen Investitionsgüternachfrage wuchs die Industrieproduktion im vergangenen Jahr mit 4,9% erheblich langsamer als im Vorjahr. So ist die Produktion der Investitionsgüterindustrien nur noch um 6% gewachsen, verglichen mit 14% im Jahr 2000. Hinzu kam, dass die Expansion der privaten Konsumgüternachfrage verstärkt in den Import ging.

Hierfür waren neben der fortgesetzten realen Aufwertung des Rubel auch Angebotsengpässe in einigen konsumnahen Industrien ursächlich. In diesen Bereichen kam die Importsubstitution der vergangenen Jahre zunächst zu einem Abschluss. Einige Industriezweige – Chemie, Holz und Metallurgie – litten unter der rückläufigen Exportnachfrage.

Die landwirtschaftliche Produktion konnte wie in den beiden Vorjahren gesteigert werden; sie wuchs 2001 mit rund 7% ähnlich stark wie im Jahr zuvor. Dazu trug eine Verbesserung der Finanzierungsbedingungen in der Landwirtschaft bei. Die Kreditvergabe der Geschäftsbanken an den Agrarsektor zu günstigeren Bedingungen nahm um mehr als das Sechsfache zu. In der Getreideproduktion waren gute Ernten zu verzeichnen. Der Tierbestand ging allerdings weiter zurück, wenn auch langsamer als in den Vorjahren. Unter den tierischen Erzeugnissen hat nur die Geflügelfleischproduktion merklich zugenommen.

Die Produktion von Dienstleistungen ist im vergangenen Jahr unterdurchschnittlich gewachsen (+3,7%). Dahinter stand eine stärkere Zunahme entgeltlicher Dienstleistungen, während die öffentlichen Dienstleistungen nur langsam wuchsen.

¹ Falls nicht anders vermerkt, stützen sich alle Angaben auf die Veröffentlichungen des Staatlichen Komitees der Russischen Föderation für Statistik (im Folgenden zitiert als: Goskomstat). Vgl. Goskomstat: Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii, Moskva, verschiedene Ausgaben, zuletzt: janvar'-mart 2002 goda, Moskva, 2002.

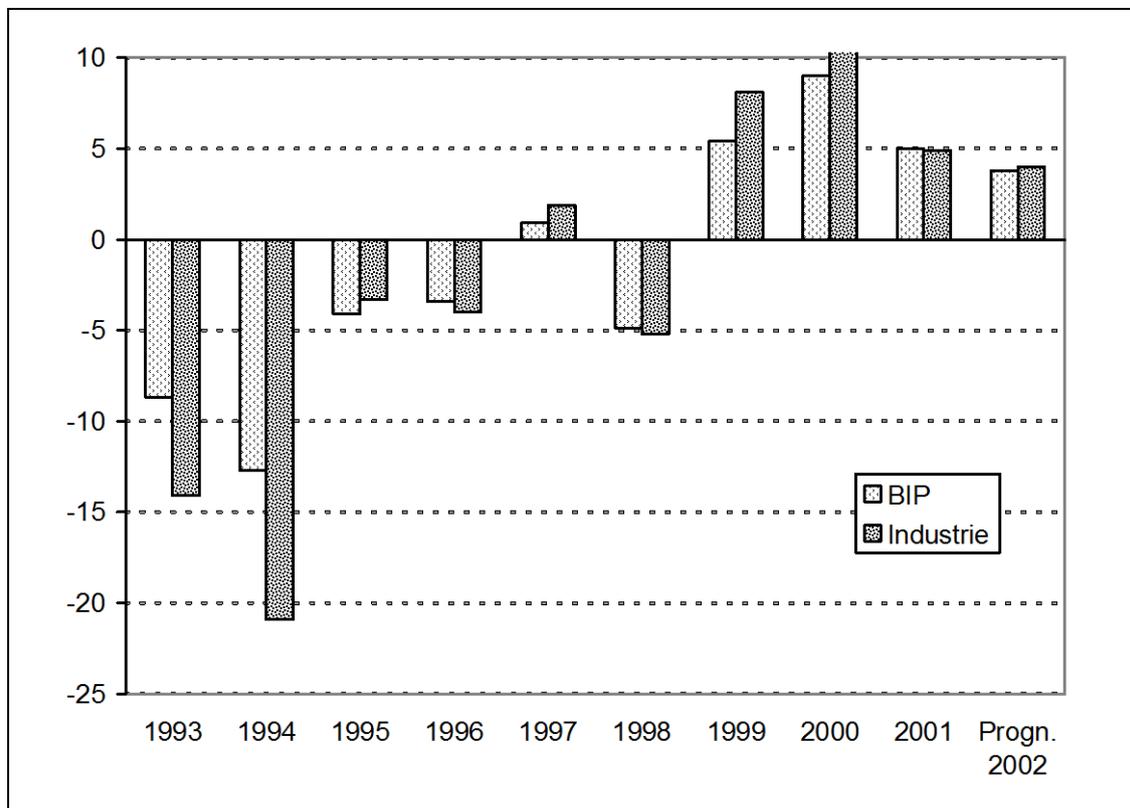
Tabelle 1:
Ausgewählte Wirtschaftsindikatoren, 1993 bis I. Quartal 2002
- Veränderungen gegenüber dem Vorjahr bzw. Anteile in % -

	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001 vorl.	I. Qu. 2002	Progn. 2002
Bruttoinlandsprodukt ^a	-8,7	-12,7	-4,1	-3,4	0,9	-4,9	5,4	9,0	5,0	3,7	4,0
Industrieproduktion ^a	-14,1	-20,9	-3,3	-4,0	1,9	-5,2	8,1	11,9	4,9	2,6	4,0
Agrarproduktion ^a	-4,4	-12,0	-8,0	-5,1	1,5	-13,2	4,1	7,7	6,8	5,4	
Bruttoanlageinvestitionen ^a	-11,6	-24,0	-10,0	-18,0	-5,0	-12,0	5,3	17,4	8,7	1,2	
Gütertransportvolumen ^b	-11,5	-14,2	-1,0	-4,6	-3,4	-3,3	5,8	5,0	3,1	4,1	
Einzelhandelsumsatz ^a	1,1	-0,2	-7,0	-0,4	3,6	-3,4	-7,7	8,7	10,8	9,1	
Dienstleistungen ^a							1,8	7,5	3,7		
Nominale Geldeinkommen der privaten Haushalte	1026,1	356,3	149,6	48,3	21,6	5,8	61,0	34,6	30,3	28,9	
Privater Verbrauch der Haushalte, lt. VGR ^a					5,4	-2,4	-4,4	9,3	8,7		
Nominallöhne und -gehälter	906,4	277,5	119,6	48,4	20,2	10,7	44,8	46,0	46,5	39,8	
Reallöhne und -gehälter	0,4	-8,0	-28,0	6,0	5,0	-13,4	-22,0	20,9	20,6	18,7	
Verbraucherpreise ^c	873,5	307,5	197,5	47,8	14,8	27,6	85,7	20,8	21,5	16,8 ^c	16,5
Industrielle Erzeugerpreise ^c	941,9	336,9	236,5	50,8	15,0	7,1	58,9	46,6	19,1	5,5 ^c	
Arbeitslosenquote ^d	6,0	7,7	9,0	9,9	11,2	13,3	12,2	9,8	8,9	9,0	8,0

^a Real. - ^b Auf Basis Tonnen-Kilometer. - ^c Jahresdurchschnitt. - ^d Am Periodenende; ILO-Methodik. - ^e März zu März.

Quellen: WIIW Datenbank. Darüber hinaus Goskomstat: Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii, 2001 g., Moskva 2002, sowie Goskomstat: Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii, janvar'-mart 2002 goda, Moskva, 2002.

Abbildung 1:
Reales Wachstum des BIP und der Industrie
- in % gegenüber dem Vorjahr -



Quellen: Goskomstat, Berechnungen des IWH.

In den ersten beiden Monaten des Jahres 2002 schwächte sich das BIP-Wachstum weiter ab. Zu einer deutlichen Belebung kam es erst im März, als die Investitionstätigkeit wieder zunahm und sich der Rückgang des Außenbeitrages verlangsamte. Für das gesamte laufende Jahr ist eine leichte Abschwächung des BIP-Wachstums gegenüber 2001 auf 4% zu erwarten, die im Wesentlichen auf einen weiterhin sinkenden Außenbeitrag und eine restriktive Fiskalpolitik zurückzuführen wäre. Wachstumsträger wird die Inlandsnachfrage sein, und hier insbesondere der private Konsum. Darauf weist die starke Expansion des Einzelhandelsumsatzes in den ersten Monaten hin. Die absehbaren Realeinkommenssteigerungen dürften dieses Wachstum weiter tragen. Im nächsten Jahr könnte sich das Wachstum leicht, auf 5%, beschleunigen.

Arbeitslosigkeit, Beschäftigung und soziale Lage

Mit einer weiteren Entspannung am Arbeitsmarkt hat sich die bereits im Jahre 2000 einsetzende positive Entwicklung fortgesetzt. Diese Entspannung kam von zwei Seiten. Das Arbeitsangebot, gemessen an der Zahl der Erwerbspersonen, sank bei nach wie vor wachsender Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter. Daraus ergab sich ein Rückgang der

Erwerbstätigenquote. Die Arbeitsnachfrage, gemessen an der Beschäftigung, ist dagegen gestiegen. Im Endergebnis ging die Zahl der nach der ILO-Methode ermittelten Arbeitslosen um weitere 1,1 Mio. Personen zurück, und die Arbeitslosenquote sank auf 9% im Jahresdurchschnitt. Die verdeckte Arbeitslosigkeit in Form von Zwangsurlaub und Kurzarbeit ging ebenfalls weiter zurück. Die Zahl der offiziell registrierten Arbeitslosen hat sich im Jahresverlauf 2001 kaum verändert.

Im ersten Quartal 2002 waren ca. 1,8 Mio. Personen mehr erwerbstätig als im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Der Anstieg der Beschäftigung wurde durch die positive gesamtwirtschaftliche Entwicklung verursacht und war vor allem in der Erdgasindustrie und den Dienstleistungsbereichen Handel, Banken und Versicherungen zu verzeichnen.

Die Zahl der registrierten Arbeitslosen stieg zu Beginn des Jahres 2002 wieder leicht an. Dies hängt vor allem damit zusammen, dass in einigen Regionen seit Jahresbeginn ein größerer Anreiz besteht, sich registrieren zu lassen. In diesen Regionen wurde bislang die Arbeitslosenunterstützung als Pauschalsumme gezahlt. Nunmehr orientiert sie sich am statistisch berechneten Existenzminimum, was zu höheren Zahlungen führen kann.²

Der Rückgang der Arbeitslosigkeit in den vergangenen zwei Jahren ist ein positiver Effekt der begonnenen Umstrukturierungen in der Wirtschaft. Maßnahmen der staatlichen Beschäftigungspolitik konnten dadurch im vergangenen Jahr stark gekürzt werden. Nachdem die Ausgaben im Jahr 2000 noch verdreifacht worden waren, wurden sie 2001 halbiert. Gleichzeitig wurde das Schwergewicht der Maßnahmen von der aktiven (Beschäftigungsprogramme) auf die passive Arbeitsmarktpolitik (Arbeitslosenunterstützung, Frühverrentung) verschoben. Mit den für 2002 geplanten Ausgaben wird diese Prioritätensetzung weiter verstärkt.³ Von den Kürzungen betroffen sind verschiedenste Beschäftigungsprogramme⁴ sowie andere Maßnahmen, wie beispielsweise die Förderung der beruflichen Selbstständigkeit. Zum Februar 2002 trat die Reform des Arbeitsgesetzbuches in Kraft, mit dem das Arbeitsrecht liberalisiert und internationalen Regelungen angepasst wird.

² Davon betroffen sind Regionen, in denen erst im Laufe des Jahres 2001 das statistische Existenzminimum eingeführt wurde, das die Basis zur Berechnung der Arbeitslosenunterstützung für Geringverdiener bzw. nicht Erwerbstätige zuvor bildete. Anspruchsberechtigte Arbeitslose erhalten eine Unterstützung in Höhe von 20 % des Existenzminimums. Etwa 60 % aller registrierten Arbeitslosen haben 2001 jedoch nur die Pauschale in Höhe von 100 Rubel erhalten, da zahlreiche Föderationssubjekte noch kein Gesetz zum Existenzminimum beschlossen hatten.

³ Vgl. O merach po poderžaniu zanjatosti naselenia i rabotie služb zanjatosti naselenia v Rossijskoj Federacii v novych uslovijach finansirovanija. Studie des Arbeitsministeriums der RF.
Vgl. http://www.pravitelstvo.gov.ru/government/z190402_2.html

⁴ Das in den Vorjahren breit angelegte Programm zur Einführung sog. gesellschaftlicher Arbeit ist mit einer 10-prozentigen Mittelkürzung noch vergleichsweise gering betroffen. Demgegenüber wurden beispielsweise Maßnahmen zur Beschäftigung von Jugendlichen fast vollständig gestrichen.

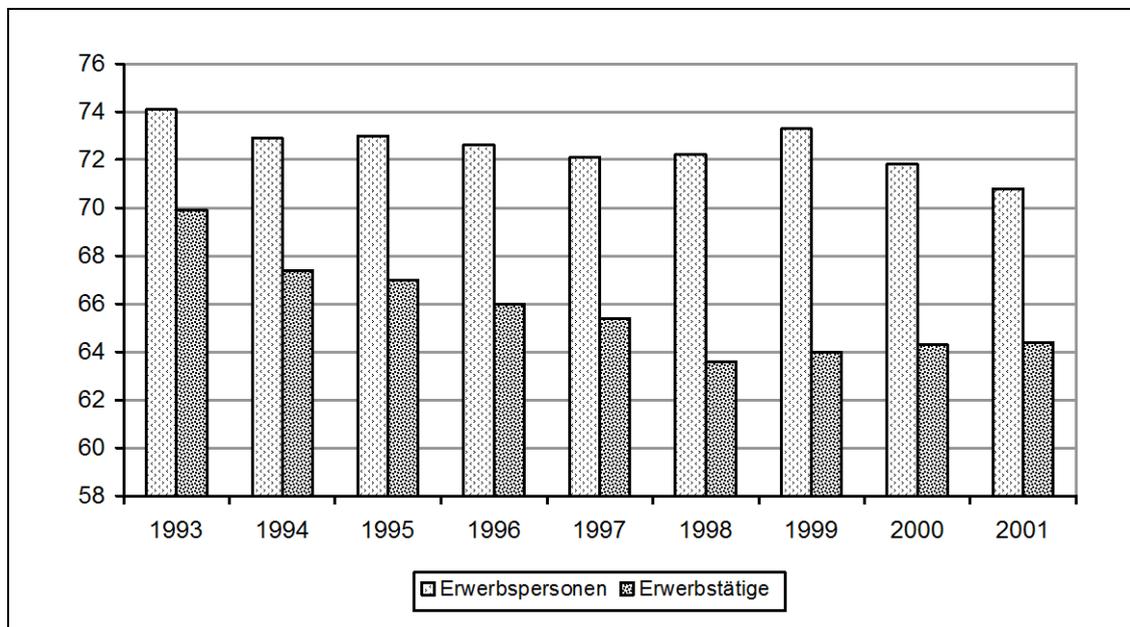
Tabelle 2:
Entwicklung der Beschäftigung, 1993 bis 2001

	Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter	Erwerbspersonen	Erwerbstätige	Arbeitslose		Erwerbsquote	Arbeitslosenquote		
				nach ILO ^c	davon registriert		Nach ILO	registrierte Arbeitslose ^a	Registrierte zu ILO-Quote
				in Mio.					in %
Jahreszahlen^a									
1993	83,8	74,1	69,9	4,2	0,8	88,4	5,7	1,1	19,3
1994	84,1	72,9	67,4	5,5	1,6	86,7	7,5	2,2	29,3
1995	84,2	73,0	67,0	6,0	2,3	86,7	8,2	3,2	39,0
1996	84,3	72,6	66,0	6,6	2,5	86,1	9,1	3,4	37,4
1997	84,8	72,1	65,4	6,7	2,0	85,0	9,3	2,8	30,1
1998	85,6	72,2	63,6	8,6	1,9	84,3	11,9	2,6	21,8
1999	85,5	73,3	64,0	9,3	1,6	85,7	12,7	2,2	17,3
2000	86,3	71,8	64,3	7,5	1,1	83,2	10,4	1,5	14,4
2001	87,1	70,9	64,5	6,4	1,1	81,0	9,0	1,6	17,8
Quartalsdaten^b									
1999:									
I. Qu.	-	73,5	63,3	10,2	1,9	-	13,9	2,6	18,7
II. Qu.	-	73,3	64,2	9,2	1,7	-	12,5	2,3	18,4
III. Qu.	-	73,3	64,5	8,7	1,4	-	11,8	1,9	16,1
IV. Qu.	-	73,1	64,1	9,0	1,3	-	12,3	1,8	14,6
2000:									
I. Qu.	-	72,0	63,4	8,5	1,2	-	11,8	1,7	14,1
II. Qu.	-	71,6	64,1	7,5	1,1	-	10,5	1,5	14,7
III. Qu.	-	72,0	64,9	7,1	1,0	-	9,9	1,4	14,1
IV. Qu.	-	72,0	65,0	7,0	1,0	-	9,7	1,4	14,3
2001:									
I. Qu.	-	70,3	63,3	7,0	1,1	-	9,9	1,6	15,7
II. Qu.	-	70,7	64,5	6,2	1,0	-	8,8	1,4	16,1
III. Qu.	-	71,4	65,3	6,2	1,0	-	8,6	1,4	16,2
IV. Qu.	-	71,0	64,8	6,2	1,1	-	8,7	1,5	17,7
2002:									
I. Qu.	-	71,1	65,1	6,0	1,2	-	8,4	1,7	20,0

^a 1992-1995 Jahresendzahlen; 1996-2001 Jahresdurchschnitte. – ^b Durchschnitte. – ^c Einschließlich Rentner.

Quellen: Goskomstat: Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii, Moskva, jeweilige Januarausgabe 1997, 1998, 1999, 2000, 2001 und 2002; Berechnungen des IWH.

Abbildung 2:
Erwerbspersonen (Arbeitsangebot) und Beschäftigte (Arbeitsnachfrage)
- in Mio. Personen -



Quelle: Goskomstat.

Im vergangenen Jahr beschloss die Regierung ein Programm zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung für den Zeitraum 2002 bis 2004, dessen wichtigste soziale Zielstellung eine deutliche Verbesserung der Einkommenssituation der Bevölkerung und eine Verringerung der Armut ist. Auf dieses Ziel waren auch die Maßnahmen der Lohn- und Rentenpolitik ausgerichtet. Die mehrfache Anhebung des Mindestlohns, die Anhebung der Löhne und Gehälter im öffentlichen Dienst sowie die zweifache Anhebung der Renten⁵ wirkten sich positiv auf die Einkommenssituation aus. Die realen Bruttolöhne stiegen um durchschnittlich 20,6%. Außerdem konnten die Lohnrückstände weiter abgebaut werden. Die Renten stiegen real um 21,4%. Die soziale Lage der Rentner verbesserte sich weiter, wobei die durchschnittliche Altersrente 2001 etwa 90% des Existenzminimums eines Rentners absicherte; das sind 14 Prozentpunkte mehr als im Vorjahr.⁶

Zu Beginn des Jahres 2002 trat die Rentenreform in Kraft. Ein wesentlicher Bestandteil ist die Neuregelung der Rentenversicherung. Neben dem staatlichen Pensionsfonds, in dem alle russischen Erwerbstätigen obligatorisch versichert sind, wird es für die jüngeren Versicherten (bis 49 Jahre) ab 2004 zusätzlich einen privaten Rententräger geben, in

⁵ Die Renten wurden zum 01.02.2001 und zum 01.08.2001 angehoben, zudem wurde die Indexierung angepasst.

⁶ Vgl. Ob itogach social'no-ekonomičeskogo razvitija Rossijskoj Federacii v 2001 godu. Analyse des Föderalen Ministeriums für wirtschaftliche Entwicklung und Handel, Vgl. <http://www.economy.gov.ru/dec2001/index.html>.

dem ein Teil der Beiträge akkumuliert werden kann. Die Arbeitsaltersrente wird sich für diese Versicherten dementsprechend aus dem Basisbetrag, dem Versicherungsanteil und dem Akkumulationsanteil zusammensetzen. Die privilegierten Konditionen für Staatsrenten wurden eingeschränkt.⁷

Reformiert wurden auch die Berechnung und Indexierung der Renten. Etwa 30% aller Rentner (12 Mio. Personen) erhalten infolge der Neuberechnung der Renten seit dem Jahresbeginn 2002 eine monatliche Zulage zur Rente.⁸ Außerdem wurden die Renten entsprechend den neuen Indexierungsregeln zum 1. Februar um 6,5% angehoben.⁹ Das neue Rentenrecht verbessert auch die Möglichkeiten der Erwerbstätigkeit von Rentnern. Entgegen früheren Regelungen wird die Altersrente nun bei Erwerbstätigkeit voll ausbezahlt.

Infolge des Anstiegs der realen Geldeinkommen um knapp 6%¹⁰ ging der Anteil der Bevölkerung mit Einkommen unterhalb des Existenzminimums weiter zurück. Die statistisch erfasste Armut ist damit im letzten Jahr weiter gesunken, und zwar auf 24,2% der Gesamtbevölkerung. Im Jahr 1999, dem Jahr mit dem bis dato höchsten Stand, waren es noch 28,7% gewesen.

Die Einkommensdisparitäten sind trotz des allgemeinen Anstiegs der Einkommen gestiegen. Der Gini-Koeffizient (Index der Einkommenskonzentration) ist mit 0,405 im Januar 2002 gegenüber 0,394 im Januar 2001 leicht gestiegen. Die Relation zwischen dem höchsten und dem niedrigsten Einkommensdezil veränderte sich 2001 so gut wie nicht, sie betrug etwa das 13,8-fache gegenüber dem 13,7-fachen ein Jahr zuvor.

Fiskalpolitik und Haushalt

Die Haushaltslage in Russland im Jahre 2001 ist als stabil und wachstumsstützend zu bezeichnen. Als erfolgreich kann die Einführung des zweiten Teiles des Steuergesetzbuches bewertet werden, das eine gezielte Erhöhung der Steuereinnahmen ermöglicht hat. Zu den weiteren Erfolgen der Haushaltspolitik ist eine relative Reduzierung der Schuldenlast zu zählen.

Tabelle 3:

⁷ Vgl. Ob objazatel'nom pensionnom strachovanii v Rossijskoi Federacii. In: Rossijskaja Gazeta vom 20.12.2001.

⁸ In Anbetracht der Höhe der durchschnittlichen monatlichen Altersrente von 1 368 Rubel (Februar 2002) bildet die monatliche Rentenzulage von 380 Rubel eine wirksame Erhöhung.
Vgl. http://www.pravitelstvo.gov.ru/government/ministers/matv+pytin_020115.html.

⁹ Die Indexierung der Renten richtet sich zukünftig nach der Höhe der Inflationsrate. Der Basisbetrag und der Versicherungsanteil der Arbeitsrente wird ab einer 6-prozentigen Inflation angepasst.
Vgl. http://www.pravitelstvo.gov.ru/government/ministers/matv+pytin_020115.html.

¹⁰ Sie lagen damit insgesamt noch etwa 12 % unter dem Niveau von 1997. Vgl. Institute of the Economy in Transition: Rossijskaja Ekonomika v 2001 godu. Vgl. <http://www.iet.ru/trend/2001/22.htm>.

Konsolidierter Haushalt

- Ausgewählte öffentliche Einnahmen und Ausgaben -

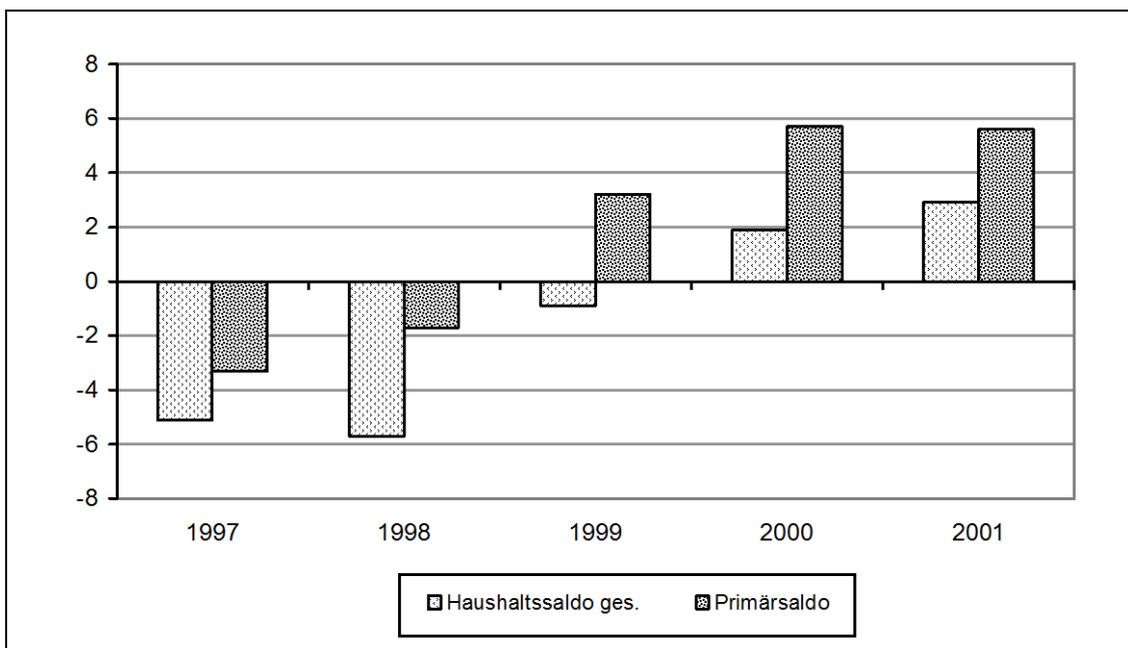
	1998	1999	2000	2001	1998	1999	2000	2001
	in % der Gesamteinnahmen/- ausgaben				in % des BIP			
Einnahmen, insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	24,5	26,3	28,7	29,6
Gewinnsteuer	14,7	18,2	19,0	19,2	3,6	4,8	5,4	5,7
Einkommensteuer	10,8	9,7	8,3	9,6	2,7	2,5	2,4	2,8
Akzisen	10,3	9,0	7,9	9,1	2,5	2,4	2,3	2,7
Mehrwertsteuer	23,8	23,7	21,8	24,0	5,8	6,3	6,3	7,1
Außenwirtschaft	2,4	3,0	1,8	1,7	0,6	0,8	1,0	0,5
Einnahmen:								
aus Staatsvermögen	2,0	2,0	3,4	4,6	0,5	0,5	0,5	1,4
aus Privatisierung	2,7	1,0	1,5	0,3	0,6	0,3	0,4	0,1
Zweckgebundene Fonds	.	8,8	12,1	5,6	.	2,3	3,5	1,7
Sonstige Einnahmen	33,3	24,6	24,2	25,9	8,2	6,4	6,9	7,6
Ausgaben, insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	28,0	27,3	26,9	26,7
Industrie, Energie, Bauwirtschaft	2,9	2,5	3,0	6,6	0,8	0,7	0,8	1,8
Landwirtschaft, Fischerei	2,6	2,8	2,8	2,9	0,7	0,8	0,8	0,8
Transport, Kommunikation	2,5	2,1	2,1	4,0	0,7	0,6	0,5	1,1
Sozial-kulturelle Zwecke	31,7	29,2	27,4	30,8	8,9	8,0	7,3	8,2
Verteidigung	7,5	9,2	9,8	10,2	2,1	2,5	2,6	2,7
Verwaltung und Rechtsorgane	9,6	9,6	10,5	12,3	2,7	2,6	2,8	3,2
Schuldendienst	14,2	15,1	14,1	10,1	4,0	4,1	3,8	2,7
Umweltschutz	0,4	0,4	0,4	0,6	0,1	0,1	0,1	0,2
Zweckgebundene Fonds	.	8,0	12,7	5,9	.	2,2	3,4	1,6
Sonstige Ausgaben	28,5	21,1	17,2	16,6	8,0	5,7	4,7	4,4
Saldo in % des BIP					-5,7	-0,9	1,9	2,9

Quellen: Goskomstat: Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii, Moskva 1999, 2000, 2001; Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii v 2001 godu, janvar' 2002; Moskva 2002.

Der konsolidierte Haushalt schloss im vergangenen Jahr mit einem Rekordüberschuss von 2,9 % ab, der primäre Haushaltssaldo erreichte sogar 5,6 % des BIP (siehe Abbildung 3). Ausschlaggebend dafür waren eine Verbesserung der Steuereinzahlung sowie

eine moderate Ausgabenpolitik. Noch im Jahre 1998 wurde der Haushalt mit hohen Defiziten abgeschlossen.¹¹

Abbildung 3:
Primärer und gesamter Saldo des konsolidierten Haushaltes
- in % des Bruttoinlandsprodukts -



Quelle: Goskomstat.

Trotz eines hohen Primärüberschusses und einer moderaten Ausgabenpolitik gab die Fiskalpolitik wachstumsfördernde Impulse: Der Anstieg der realen Geldeinkommen wurde auch durch eine Erhöhung der Gehälter im Bildungswesen, in der Wissenschaft und im Gesundheitswesen bewirkt. Der weitere Abbau der öffentlichen Verschuldung sowie das Auftreten von Haushaltsüberschüssen gaben Anstöße für Zinssenkungen auf dem Geldmarkt.

Mit dem zweiten Teil des neuen Steuergesetzbuches wurde ein proportionaler Einkommenssteuersatz von 13% an Stelle des progressiven Tarifes eingeführt. Die Einnahmen aus der Einkommensteuer stiegen beträchtlich um 0,4 Prozentpunkte auf 2,8% des BIP. Dafür war eine Reihe von Faktoren verantwortlich. Erstens bedeutete der neue Proportionaltarif für die Masse der Steuerzahler einen Anstieg des Tarifs um einen Prozentpunkt. Zweitens werden nunmehr auch die Armeeingehörenden zur Zahlung der Einkommenssteuer herangezogen. Drittens könnte die Abschaffung der Progression zur

¹¹ In Zusammenwirkung mit der positiven Wirtschaftsdynamik hat die Konsolidierungspolitik seit 1998 dazu beigetragen, dass die Einnahmen von 24,5% auf 29,6% des BIP gestiegen sind, gleichzeitig sind die Ausgaben von 28% auf 26,7% des BIP zurückgegangen.

Ausweitung der „besteuerbaren“ Einkommen durch die Anmeldung bisher versteckter Einkommen beigetragen haben.¹²

Der Zinsendienst entsprach im Jahre 2001 insgesamt 2,7% des BIP und war somit 1,1 Prozentpunkte geringer als im Vorjahr. Es handelte sich hauptsächlich um ca. 7 Mrd. US-Dollar an Zinszahlungen für Auslandsschulden und 1 Mrd. US-Dollar für Inlandsschulden. Die Schuldentilgung umfasste knapp über 8 Mrd. US-Dollar und wurde aus dem Haushaltsüberschuss der föderalen Regierung finanziert. Im Laufe des Jahres verringerte sich die öffentliche Auslandsverschuldung um 13,3 Mrd. US-Dollar auf 130 Mrd. US-Dollar zum Jahresbeginn 2002. Die Quote der öffentlichen Verschuldung ging von 66% des BIP auf 52% zurück, im Jahre 1999 hatte sie noch bei über 100% gelegen.¹³ Zu diesem starken Rückgang trug allerdings nicht nur die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte, sondern in erster Linie die reale Aufwertung des Rubel bei.

Charakteristisch für das vergangene Jahr war eine zunehmende Zentralisierung der Steuereinnahmen auf der föderalen Ebene, während der Großteil der Ausgaben von den Föderationssubjekten und Kommunen getätigt wurde.¹⁴ Die Überschüsse wurden somit im föderalen Haushalt erzielt. Dazu haben insbesondere die Zuordnung aller Einkünfte aus der Mehrwertsteuer zum föderalen Haushalt beigetragen. Der föderale Haushalt schloss das Finanzjahr 2001 mit einem Primärüberschuss von 5,5% des BIP ab. Zum Ausgleich der Zentralisierung der Staatseinkünfte wurden Mittel in Höhe von ca. 2,5% des BIP aus dem föderalen Haushalt an die regionalen Haushalte im Jahre 2001 überwiesen.

Das Haushaltsgesetz für 2002¹⁵ sieht die Fortsetzung des Konsolidierungskurses vor. Geplant ist erstmals ein Haushaltsüberschuss von 1,6% des BIP. Der Überschuss soll zu 40% zur Tilgung der Staatsverschuldung und zusätzlich zur Schaffung einer Finanzreserve verwendet werden. Auch alle überplanmäßigen Einkünfte sollen an die Finanzreserve übertragen werden. Die Mittel aus der Finanzreserve dürfen per Haushaltsgesetz nur für den Schuldendienst verwendet werden.

Die Einrichtung der Finanzreserve ist die Reaktion der Regierung auf das so genannte „Problem 2003“, wonach die Spitzenlast des Schuldendienstes in Höhe von fast

¹² Diese Herangehensweise, bezeichnet auch als New Tax Responsiveness, fokussiert auf der Untersuchung der Steuersatzelastizität der „besteuerbaren“ Einkommen. Vgl. Goolsbee (1999): Goolsbee, Austan; Evidence on High-Income Laffer Curve from Six Decades of Tax Reform, Brooking Papers on Economic Activity, 2:1999. Es wird angenommen, dass der Effekt der Laffer-Kurve bei Personen mit höheren Einkommen beobachtet werden kann.

¹³ Berechnungen des IWH. Verwendet wurden die öffentliche Brutto-Auslandsverschuldung nach Angabe des Finanzministeriums der Russischen Föderation (<http://www.minfin.ru/debt/debt.htm>) und die Inlandsverschuldung nach Angabe der Rechnungskammer der Russischen Föderation. Vgl. <http://www.ach.gov.ru/activity/annotation/8-7.shtml>.

¹⁴ Auf den föderalen Haushalt entfielen im Jahre 2001 59,4% aller Staatseinnahmen bzw. 17,6 % des BIP, ihnen standen nur 45,5% aller Ausgaben bzw. 14,7 % des BIP gegenüber.

¹⁵ Veröffentlicht in Rossijskaja Gazeta vom 31.12.2001.

19 Mrd. US-Dollar auf das Jahr 2003 fällt. Das Problem hat sich inzwischen entschärft: Die Konsolidierung der Staatsfinanzen schuf eine ausreichende Basis für die Bedienung der Außenschuld in den zwei kommenden Jahren. Die Ergebnisse des ersten Quartals deuten daraufhin, dass die Haushaltsansätze im Wesentlichen erfüllt werden können. Die Stabilisierung der inländischen Produktion sowie die Prognosen bezüglich der Weltmarktenergiepreise stützen diese Erwartungen. Die Erfüllung der Einnahmenansätze wäre auch bei einem Rückgang des Weltmarktpreises für Rohöl bis auf 18,5 US-Dollar pro Barrel gesichert.¹⁶ Somit dürften sich zu Beginn des Finanzjahres 2003 in der Reserve etwa 5-7 Mrd. US-Dollar ansammeln. Die Verbesserung des internationalen Ratings der russischen staatlichen Wertpapiere deutet ebenfalls daraufhin, dass Russland die Schuldentzählungen im Jahre 2003 ohne Ausfälle leisten kann.¹⁷

Im laufenden Jahr treten weitere Teile des neuen Steuergesetzbuches in Kraft. Die damit verbundenen Steuerentlastungen dürften die Haushaltslage jedoch kaum gefährden. Die wichtigste Änderung betrifft die Körperschaftsteuer (Gewinnsteuer). Danach wird der bisherige Satz von 35% auf 24% gesenkt. Gleichzeitig wurden jedoch zahlreiche Vergünstigungen abgeschafft, zum Beispiel die Möglichkeit, für Investitionen verwendete Gewinne von der Steuerbasis abzusetzen. Außerdem wurden die Möglichkeiten der Föderationssubjekte, den von ihnen festgesetzten Steuersatz zu variieren, erheblich eingeschränkt. Somit wird der Rückgang der effektiven Besteuerung etwas bescheidener ausfallen als die nominale Senkung des Steuersatzes erwarten lässt. Im ersten Quartal erwiesen sich die Gewinnsteuereinnahmen, gemessen am BIP, als stabil. Angesichts rückläufiger Gewinne und des gesunkenen Steuersatzes dürfte hierfür die Ausweitung der Steuerbasis ausschlaggebend gewesen sein.

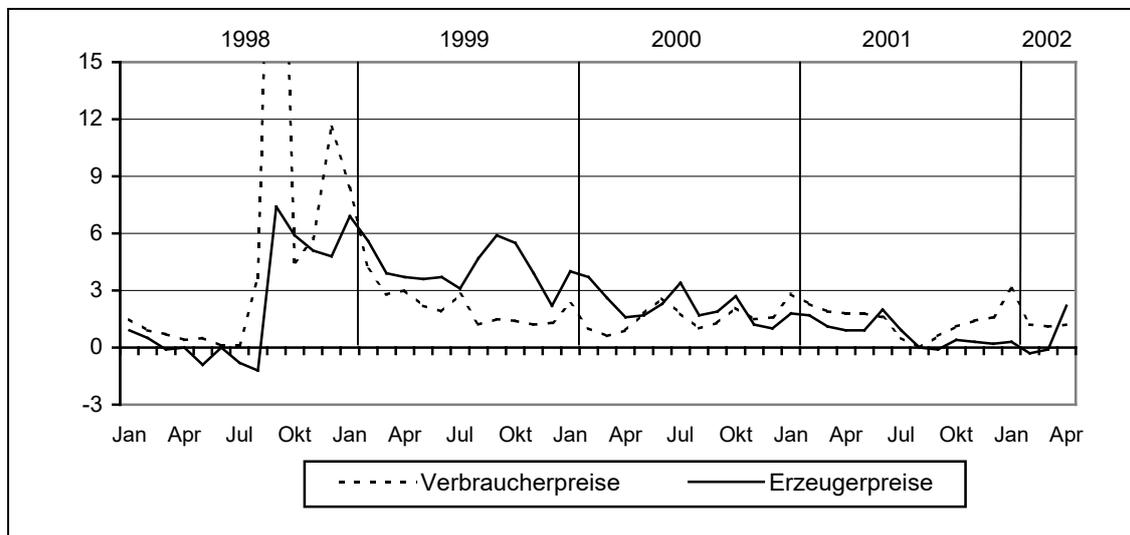
Inflation und Geldpolitik

Die Inflationsrate – gemessen am Verbraucherpreisindex – blieb mit etwa 19% im für das Jahresende erwarteten Rahmen. Auf die Inflationsrate hatte die Erhöhung der administrierten Tarife für Dienstleistungen und Energie im ersten Quartal einen entscheidenden Einfluss. Dadurch lagen die monatlichen Inflationsraten Anfang des Jahres deutlich höher als zum Jahresende (siehe Abbildung). Wie stark die Anhebung der Dienstleistungstarife zu Buche schlug, zeigen Vergleiche mit anderen Aggregaten: Die Preise für Lebensmittel stiegen im Laufe des Jahres nur um 17%. Noch schwächer (+11 %) fiel der Anstieg der Industriegüterpreise aus.

¹⁶ Anfang Mai 2002 lag der Weltmarktpreis für die russische Erdölmarke „Urals“ bei knapp über 24 US-Dollar pro Barrel, die Prognose bis Jahresende 2002 geht von einem Preisrückgang von maximal 6,5% aus. Vgl. Russian Economic Trends 05/2002, Russian-European Centre for Economic Policy, http://www.recep.ru/pdfs/r2002_05.pdf und Berechnungen des IWH.

¹⁷ Die internationale Rating-Agentur „Standard&Poor’s“ verbesserte am 22.02.02 das langfristige Rating von international gehandelten staatlichen Wertpapieren der Russischen Föderation auf B+ und die Gesamtbewertung von „stabil“ auf „positiv“. Vgl. Finanzministerium der Russischen Föderation, <http://www.minfin.ru/debt/070502debt.htm>.

Abbildung 4:
 Monatliche Inflationsraten
 - Veränderungen gegenüber dem Vormonat in % -



Quelle: WIIW-Monatsdatenbank.

Zwar verringerte sich das reale Wachstum der Geldbasis beträchtlich gegenüber dem Vorjahr, aber von der Geldpolitik gingen inflationäre Wirkungen aus. Ausschlaggebend dafür war die kräftige Zunahme der ausländischen Komponente der Geldbasis. Dahinter stand das Bestreben der Zentralbank Russlands, den Bestand an Gold- und Devisenreserven zu erhöhen. Die Reserven stiegen schließlich um über 8 Mrd. US-Dollar auf 36,6 Mrd. US-Dollar zum Jahresende. Der Anstieg der ausländischen Komponente der Geldbasis wurde nicht vollständig durch die Einschränkung der Nettokreditvergabe an die Regierung und die Geschäftsbanken kompensiert. Die seit zwei Jahren verfolgte Politik des Reservenaufbaus führte offenbar zum Verlust des Refinanzierungssatzes als Leitzins für die Kreditpolitik der Geschäftsbanken. Dies kommt darin zum Ausdruck, dass trotz eines positiven realen Refinanzierungssatzes die realen Kreditzinsen des Bankensektors wegen der Liquiditätsschwemme ins Negative abrutschten.

Die nominale Abwertung des Rubel gegenüber dem US-Dollar fiel mit etwa 7% – gemessen am Jahresende – deutlich niedriger als die Inflationsrate aus. Dadurch ergab sich eine Aufwertung des realen Kurses, die mit 8% schwächer als 2000 ausfiel. Besonders ausgeprägt war die Stabilisierung des realen Kurses gegenüber dem Euro, nachdem die Aufwertung im Jahr 2000 noch bei nahezu 30% gelegen hatte. Zum Jahresende 2001 war die reale Abwertung vom August 1998 zu ungefähr der Hälfte ausgeglichen.

Im März 2002 lag der Verbraucherpreisindex um 5,4% höher als im Dezember des Vorjahres. Dies deutet auf eine ähnlich hohe Inflationsrate im Dezember 2002 wie Ende 2001 hin. Würde die Zentralbank ihre Reserven im gleichen Umfange wie in den Vorjahren aufbauen, wären aber zusätzliche inflationäre Wirkungen zu erwarten. Diese Gefahr scheint der Zentralbank bewusst zu sein. Sie senkte im September 2001 die Quote

der Devisenabführungspflicht für Exporteure von 75% auf 50%, um eine automatische Expansion der Geldbasis über die ausländische Komponente zu begrenzen.

Tabelle 4:
Entstehung und Verwendung der Geldeinkommen der privaten Haushalte
- in % -

	1997	1998	1999	2000	2001
Geldeinkommen	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Entstehung					
Lohn	65,7	64,9	65,4	61,4	64,5
Soziale Transferleistungen	15,0	13,6	13,6	14,4	14,9
Einkünfte aus Vermögen	5,7	5,5	7,4	7,1	5,5
Einkünfte aus selbst. Tätigkeit	13,0	14,2	12,7	15,9	13,2
Sonstige Einkünfte		1,8	0,9	1,2	1,9
Verwendung					
Konsumausgaben	68,4	77,4	78,9	77,8	78,6
Steuern, Beiträge	6,4	6,2	6,8	8,1	9,2
Ersparnis	25,2	16,4	14,3	14,1	12,2
dar.: Wertpapier- und Buchsparen	2,3	2,5	4,3	4,5	4,1
Devisenkauf	21,2	12,2	8,1	6,7	6,0
Bargeldzuwachs	1,7	1,7	1,9	2,9	2,1

Quellen: Goskomstat: Statističeskij ežegodnik 2000 g. Moskva, 2001; Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii v 2001 godu, Moskva, 2002; Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii janvar – mart 2002 g., Moskva, 2002.

Die Finanzkrise vom August 1998 zeigte, welche Gefahren für die Stabilisierung von Preisen und Wechselkurs von einem instabilen Bankensektor ausgehen. Einige Indikatoren scheinen auf eine Konsolidierung des Bankensektors hinzuweisen. So ist die Zahl der Banken im Vergleich mit dem Vorkrisenzeitraum erheblich gesunken, und etwa 10% der Banken weisen eine ausländische Beteiligung auf. Im vergangenen Jahr stieg das Eigenkapital der Geschäftsbanken um über 40% und lag, bezogen auf die Bilanzsumme, bei 13% aller Bankenaktiva. Die Entspannung der Lage der öffentlichen Haushalte sorgte dafür, dass staatliche Wertpapiere als Einlageform weiterhin an Bedeutung verloren. Der Anteil der überfälligen Kredite des Nicht-Bankensektors betrug zum Jahresende etwa 3% des gesamten Kreditvolumens und blieb gegenüber Ende 2000 stabil. Die Rentabilität des Bankensektors verbesserte sich; mehr als 90% aller Kreditanstalten hatten im Jahre 2001 einen Gewinn erzielen können. Problematisch ist allerdings die hohe Liquidität. Sie könnte zur Finanzierung von Vorhaben führen, die mit einem zu hohen Risiko behaftet sind, dies umso mehr, als der reale Kreditzins negativ geworden ist. Bei einer Fortsetzung dieser Entwicklung würde die Gefahr einer erneuten Bankenkrise erheblich zunehmen.

Außenwirtschaftliche Entwicklung und Zahlungsbilanz

Der Leistungsbilanzüberschuss sank zwar im vergangenen Jahr, blieb aber mit 35 Mrd. US-Dollar ausreichend hoch, um bei hohen Kapitalabflüssen die fälligen Tilgungen zu leisten und die Reserven der Zentralbank zu erhöhen.

Der Rückgang des Überschusses in der Leistungsbilanz fand hauptsächlich in der Handelsbilanz statt. Die Exporteinnahmen gingen leicht zurück, weil der Welthandel stagnierte und die Weltmarktpreise für Energie und Rohstoffe sanken. Der durchschnittliche Erdölpreis fiel von 24 US-Dollar pro Barrel auf 19 US-Dollar. Die Preise für Nickel, Eisenerz, Aluminium und Kalidünger fielen ebenfalls beträchtlich. Der Preisrückgang bei Erdöl konnte durch einen Anstieg der Exportmenge von fast 10 % teilweise wettgemacht werden. Dagegen sanken die Exporte von Metallerzeugnissen auch mengenmäßig. Dazu beigetragen haben dürften Anti-Dumping-Verfahren, die die Europäische Union und die Vereinigten Staaten gegen russische Metall- und Chemierzeugnisse mit der Konsequenz von Strafzöllen einleiteten.

Die Ausgaben für Importe nahmen beträchtlich zu. Obwohl sich das Wachstum der Binnennachfrage gegenüber 2000 abschwächte, wuchsen die Importausgaben in Dollar um knapp 20%. Eine Erklärung für die gestiegene Importnachfrage liefern die fortdauernde reale Aufwertung des Rubel und die gestiegenen Realeinkommen der privaten Haushalte. Bemerkenswert war der wieder auf 75% gestiegene Anteil der Nicht-GUS-Länder an den russischen Importen. Dies war überwiegend ein struktureller Effekt, weil Russland stärker als in den Vorjahren Maschinen, Fahrzeuge und Lebensmittel importierte, bei denen die GUS-Länder nicht wettbewerbsfähig waren. Hinzu kam ein protektionistischer Schlagabtausch mit der Ukraine, dem drittgrößten Handelspartner, nachdem Russland die Erhebung der Mehrwertsteuer nach dem Bestimmungslandprinzip festsetzte.

Im vergangenen Jahr wurde die Reform der Zolltarife fortgesetzt. Das neue Tarifsysteem umfasst nur noch vier Sätze mit einem Höchstsatz von 20%. Der durchschnittliche Importzoll ging um einen knappen Prozentpunkt auf 10,7% zurück. Im Oktober 2001 wurden die Zollsätze für den Import von Technologieausrüstungen, die in Russland nicht hergestellt werden, von 10-15% auf 5-10% gesenkt, um die Modernisierung der Wirtschaft zu fördern. Zu Beginn des Jahres 2002 traten weitere Tarifsenkungen in Kraft, die in erster Linie die Legalisierung des „grauen“ Imports zum Ziel haben. Dies betrifft traditionelle „Schmuggelwaren“ wie Audio- und Videogeräte und ihre Bauteile. So konnte der durchschnittliche Importzoll auf 9,8% gesenkt werden. Um den weit verbreiteten Zollbetrug zu bekämpfen, wurden die Zollsätze für die verschiedenen Waren innerhalb einer Warenposition vereinheitlicht. So gab es zuvor innerhalb einer Warengruppe verschiedene Zollsätze, was angesichts der Homogenität der Erzeugnisse einen nahrhaften Boden für Korruption gab.

Unter den Positionen der Kapitalbilanz nahmen die Nettoabflüsse von Portfolio-Kapital besonders stark ab, was auf ein wieder gestiegenes Vertrauen in die Stabilität des Finanzsektors weist. Die Direktinvestitionen des Auslandes nahmen mit 2,5 Mrd. US-Dollar allerdings weiterhin nur sehr schwach zu.

Tabelle 5:
Zahlungsbilanz Russlands, 1997 bis 2001
- in Mrd. US-Dollar -

	1997	1998	1999	2000	2001
Saldo der Handelsbilanz	17,0	16,9	36,2	60,7	49,4
Exporte	89,0	74,9	75,7	105,6	103,2
Importe	-72,0	-58,0	-39,5	-44,9	-53,8
Saldo der Nichtfaktordienstleistungen	-5,9	-4,0	-4,2	-7,8	-10,2
Exporte	14,0	12,4	9,1	9,6	10,9
Importe	-20,0	-16,3	-13,2	-17,4	-21,1
Faktoreinkommen	-8,7	-11,8	-7,5	-6,7	-3,9
Arbeitseinkommen	-0,3	-0,2	0,2	0,3	0,1
Kapitalerträge	-8,4	-11,6	-7,7	-6,9	-4,0
Erhaltene Kapitalerträge	4,1	4,0	3,5	4,3	6,2
Gezahlte Kapitalerträge	-12,5	-15,6	-11,2	-11,2	-10,2
Laufende Transfers	-0,4	-0,4	0,5	0,1	-0,3
Saldo der Leistungsbilanz	2,1	0,7	25,1	46,3	35,1
Kapitaltransfers	-0,8	-0,4	-0,3	11,0	-9,3
Saldo der Direktinvestitionen	2,0	1,8	1,6	-0,3	-0,1
Direktinvestitionen im Ausland	-2,9	-1,0	-1,7	-3,1	-2,6
Direktinvestitionen in Russland	4,9	2,8	3,3	2,7	2,5
Saldo der Portfolioinvestitionen	45,8	8,6	-1,0	-10,5	-0,9
Forderungen	-0,2	-0,3	0,3	-0,4	0,2
Verbindlichkeiten	45,9	8,9	-1,3	-10,1	-1,1
Sonstige Kapitalbewegungen	-41,9	-7,2	-16,1	-21,1	-7,3
Forderungen	-26,6	-15,9	-15,4	-17,0	-0,8
Veränderung der Bargeldbestände	-13,4	0,8	0,9	-0,3	-0,01
Laufende Konten und Depositen	1,0	1,2	-3,9	-3,6	0,5
Handels- und andere Kredite	0,5	-1,5	-0,9	1,2	-1,3
Überfällige Zahlungen	-3,0	-7,4	-5,8	-7,5	9,1
Nicht eingegangene Exporterlöse	-11,7	-8,7	-5,3	-5,8	-0,4
Sonstige Forderungen	0,1	-0,3	-0,5	-1,0	-1,5
Verbindlichkeiten	-15,3	8,7	-0,7	-4,1	-6,5
Veränderung der Bargeldbestände	-0,0	0,1	0,0	0,2	0,1
Laufende Konten und Depositen	-4,7	-3,1	0,2	0,8	1,5
Handels- und andere Kredite gegeben	-0,1	0,3	0,0	0,0	0,0
Erhaltene Anleihen und Kredite	13,3	6,7	-2,7	-3,6	-5,9
Überfällige Zahlungen	-24,3	5,3	2,0	-1,6	-1,4
Sonstige Verbindlichkeiten	0,5	-0,7	-0,2	0,2	-1,4
Saldo der Kapitalverkehrsbilanz	3,1	8,1	-17,8	-37,0	-26,0
Reserveaktiva	-1,9	5,3	-1,8	-16,0	-8,2
Korrekturposten	-0,0	-0,1	-0,2	0,0	-0,2
Fehler und Korrekturposten (netto)	-5,2	-8,8	-7,3	-9,3	-9,1
<i>Memorandum:</i>					
Reserveaktiva etc.	6,6	16,1	-	-	-
Reserveaktiva	-1,9	5,3	-	-	-
Inanspruchnahme von IWF Mitteln	1,5	5,2	-	-	-
Sonderfinanzierung	7,0	5,6	-	-	-

Quellen: CBR: Balance of Payments of the Russian Federation, <http://www.cbr.ru>. Stand: 30. 03 2001;
IMF: International Financial Statistics, Washington, D.C. 1999; Berechnungen des IWH.

Aus der Entwicklung der Positionen „Nicht eingegangene Exporterlöse“ sowie „Fehler und Korrekturposten“ kann geschlossen werden, dass die Kapitalflucht aus Russland rückläufig war. Der Feldzug der Putin-Regierung gegen die Kapitalflucht umfasste unter anderem die Einrichtung eines so genannten Finanzgeheimdienstes. Dies könnte den Unternehmen Anlass zu mehr Zurückhaltung bei der Hinterziehung von Exporterlösen gegeben haben.

Der Leistungsbilanzüberschuss ging im ersten Quartal 2002 im Vorjahresvergleich um ein Drittel auf 7,6 Mrd. US-Dollar zurück. Ursächlich hierfür war ein weiterhin starker Anstieg der Importe und ein Rückgang der Exporteinnahmen. Für den Rückgang der Exporte war ein erneuter Verfall des Erdölpreises im Januar und Februar verantwortlich. Gegenwärtig deuten die Spot- und die Future-Preise jedoch darauf hin, dass der jahresdurchschnittliche Preis für die russische Erdölmarke „Ural“ 21-22 US-Dollar je Barrel erreichen könnte, sodass sich die Exporteinnahmen wieder verbessern.

Eine erhebliche Einschränkung der Exporte ging mit der Einführung von Schutzzöllen für Eisenerzeugnisse von bis zu 30% seitens der Vereinigten Staaten einher. Mit der EU wurde im Rahmen des bilateralen Abkommens über den Handel mit Eisenerzeugnissen eine Erhöhung der Importquote um 28% vereinbart. Weitere Zugeständnisse an Russland sind daran gebunden, dass Russland den Exportzoll auf Altmetall in Höhe von 15% abschafft. Die EU ist an einem Import von Altmetall interessiert. Ende Mai gewährte die EU Russland den Status einer Marktwirtschaft. In Anti-Dumping-Verfahren zieht die EU seitdem die Preise der russischen Hersteller für Vergleiche heran, während vorher Preise von Anbietern aus Drittländern verwendet wurden (sog. Status als *Ad-hoc*-Marktwirtschaft). Bei künftigen Anti-Dumping-Verfahren dürfte sich damit die Position russischer Anbieter verbessern.

Privatisierung, Strukturwandel, Wirtschaftspolitische Maßnahmen

Obwohl der Privatsektor mit ca. 86% am BIP einen vergleichsweise hohen Anteil einnimmt, war die Privatisierung bisher nicht mit einer ausreichenden Umstrukturierung der Wirtschaft verbunden. Der Reformstau hat auch ein stärkeres Engagement ausländischer Direktinvestoren verhindert. Allerdings war im vergangenen Jahr eine weitere Verbesserung der institutionellen und politischen Rahmenbedingungen zu beobachten.

Die Konzentration von Aktienkapital setzte sich 2001 fort. Die infolge der Massenprivatisierung in Russland breit gestreuten Unternehmensanteile (Belegschaftsaktien) wurden zunehmend durch strategische Investoren aus dem Inland aufgekauft. Einen Verkauf von Aktienpaketen an Ausländer oder an ausländischen Wertpapierbörsen ließ das Gesetz jedoch nicht zu. Das Verbot eines Aktienverkaufs an ausländischen Märkten konnte allerdings mit der Gründung einer speziellen Privatisierungsgesellschaft umgangen werden. Auf diese Weise sollten 6% der Aktien des Ölkonzerns LUKoil über die

New Yorker Börse privatisiert werden. Die Transaktion wurde aufgrund der ungünstigen Finanzmarktsituation nach den Terroranschlägen vom 11. September aufgegeben. Dadurch fielen die staatlichen Einnahmen aus der Privatisierung um mehr als die Hälfte geringer aus als im Vorjahr. In diesem Jahr soll ein erneuter Versuch unternommen werden. Zusätzlich sollen zeitlich versetzt auf dem gleichen Weg ca. 20% der Aktien des zweiten großen staatlichen Ölkonzerns „Slavneft“ angeboten werden. Dazu wird aber die Gründung spezieller Privatisierungsgesellschaften wohl nicht mehr notwendig sein, da das neue Privatisierungsgesetz, das im Mai 2002 in Kraft getreten ist, nun einen direkten Verkauf im Ausland ermöglicht.

Das Privatisierungsgesetz enthält auch einige weitere Fortschritte. Besonders wichtig ist eine neue Kompetenzabgrenzung in der Frage, wer über die Privatisierung föderalen Eigentums entscheidet.¹⁸ Damit wird mehr Transparenz und Sicherheit für potentielle Investoren geschaffen. Das Gesetz beschreibt drei Ebenen: Die Privatisierung föderaler Unternehmen von so genannter strategischer Bedeutung obliegt der Entscheidung des Präsidenten. Bei natürlichen Monopolen muss die Duma ein entsprechendes Gesetz beschließen. Veräußerungen sonstiger föderaler Unternehmen beschließt die Regierung. Lokale Selbstverwaltungen erhielten Autonomie bei der Veräußerung kommunalen Eigentums.

Das im Oktober 2001 verabschiedete Bodengesetz ermöglicht es nunmehr auch ausländischen Investoren, die Grundstücke zu erwerben, die zum Privatisierungsobjekt gehören. Ausgenommen sind landwirtschaftliche Flächen, deren Privatisierung in einem gesonderten Gesetz geregelt werden sollen. Auch wenn das Bodengesetz nur etwa 2% der Landfläche Russlands betrifft, behinderte das bisherige Verbot eines Verkaufs ausländische Direktinvestitionen in die Industrie in erheblichem Maße.

Mit der Verabschiedung des Gesetzes zur Bewirtschaftung landwirtschaftlicher Flächen im Juni 2002 wird die Landreform fortgesetzt. Ausländern und Unternehmen mit ausländischem Kapitalanteil wird nunmehr der Erwerb von landwirtschaftlichen Flächen nach einer dreijährigen Pachtzeit erlaubt. Im Einklang mit dem Bodengesetz dürfen hingegen die Flächen in Grenzregionen nicht an Ausländer veräußert werden.

Zu erwarten ist, dass eine Änderung der Steuergesetzgebung Entlastungen für kleine und mittlere Unternehmen bringt. In der Diskussion sind eine Abschaffung der Sozialsteuer oder alternativ eine Umsatzsteuer von nur 8% bzw. ein Körperschaftssteuersatz von 20%.

¹⁸ Der Präsident hatte seine letztendliche Zustimmung zum Gesetz von der Erweiterung der Liste strategischer Unternehmen, die nur durch Präsidentenerlass privatisiert werden können, abhängig gemacht.

Die wirtschaftliche Lage der Republik Belarus

Neunzehnter Bericht

Die wirtschaftliche Lage der Republik Belarus

Zusammenfassung

Das reale Wirtschaftswachstum verlangsamte sich im Jahr 2001 auf 4% gegenüber dem Vorjahr. Stimuliert wurde es durch eine Ankurbelung der privaten Nachfrage. Auslöser hierfür war die schrittweise Anhebung des durchschnittlichen Monatslohns im staatlichen Sektor auf umgerechnet 100 US-Dollar. Die Lohnerhöhung war ein wichtiges Versprechen von Präsident Lukaschenko für die Präsidentschaftswahlen im September 2001. Die höheren Löhne im Staatssektor induzierten Lohnerhöhungen in anderen Bereichen der Volkswirtschaft. Dies hatte schwerwiegende ökonomische Auswirkungen: Die Unternehmen verzeichneten einen erheblichen Gewinneinbruch und kürzten die Investitionsausgaben. Aufgrund von Liquiditätsproblemen stiegen die Zahlungsrückstände, und die Bartergeschäfte nahmen zu. Zahlungsschwierigkeiten bei den Abnehmern resultierten in einer höheren Lagerhaltung. Auf Seiten der privaten Haushalte führte der Einkommenszuwachs zu einer höheren Nachfrage nach Devisen, die die Nationalbank veranlasste, auf dem Devisenmarkt zu intervenieren, um den Wechselkurs zu stabilisieren. Im Endeffekt fand lediglich ein Devisentransfer von der Nationalbank in die Hände der privaten Haushalte zu Lasten der Devisenreserven statt. Nur Dank der veränderten Kassenhaltungsgewohnheiten der Bevölkerung führte die Geldmengenausweitung noch nicht zu einer Beschleunigung der Inflation. Der föderale Haushalt verzeichnete erhebliche Ausfälle bei der Gewinnsteuer. Hinzu kamen steigende Steuerzahlungsrückstände. Insgesamt war – wie bereits in den vergangenen Jahren – die Stabilisierung der sozialen Lage der Bevölkerung ein Schwerpunkt der Wirtschaftspolitik. Dies ging zu Lasten der längerfristigen Wachstumsaussichten. Der Kapitalstock ist weitgehend obsolet geworden. Die verordneten Lohnerhöhungen orientierten sich nicht an den Produktivitätssteigerungen. Gleichwohl war die ausgewiesene Arbeitslosigkeit vergleichsweise niedrig. Mit umfangreichen Eingriffen der Regierung in die Preis- und Lohnbildung und in die Beschäftigungs- und Produktionsentscheidungen der Unternehmen weist das Land charakteristische Merkmale eines sozialistischen Wohlfahrtsstaates auf, der langfristig – aus ökonomischer Sicht – nicht tragfähig ist. Kurzfristig erfolgt das Einkommenswachstum aus dem Substanzverzehr des Kapitalstocks. Für das Jahr 2002 ist eine Wachstumsrate des BIP von 2% bis 3% zu erwarten, die sich im Jahr 2003 weiter auf etwa 1% bis 2% abschwächen wird.

Produktion und Verwendung des BIP

Das Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts (BIP) schwächte sich im Jahre 2001 gegenüber dem Vorjahr auf rund 4% ab.¹⁹ Produktionsseitig stützte sich das Wachstum hauptsächlich auf die Industrieproduktion und verwendungsseitig auf den privaten Konsum. Dagegen gingen die Anlageinvestitionen im Vorjahresvergleich um 6% zurück. Der private Verbrauch legte kräftig um 19% zu.

Tabelle 1:
Ausgewählte Wirtschaftsindikatoren, 1994 bis 2002
- Veränderungen gegenüber dem Vorjahr bzw. Anteile in % -

	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	I. Qu. 2002
Bruttoinlandsprodukt ^a	-13	-10	3	11	8	3	6	4,1	3,2
Industrieproduktion ^a	-17	-12	4	19	12	10	8	5,4	2,0
Agrarproduktion ^a	-14	-5	2	-5	-1	-8	9	1,8	1,8
Bruttoanlageinvestitionen ^a	-11	-31	-5	20	25	-8	-3	-6,0	7,0
Gütertransportvolumen ^b	-36	-26	-19	7	-1,2	0,5	-16	2,8	12,1
Beschäftigte ^c	1	-1,8	-2,9	-2,7	-0,1	1,4	0,8	-0,1	-10,7
Einzelhandelsumsatz ^a	-10	-23	31	18	26	11	8	21,2	15,7
Nominale Geldeinkommen pro Kopf	2 008	497	80	74	108	280	213	107,0	.
Nominallöhne	1 504	669	61	87	104	322	200	110,7 ^d	79,7
Reallöhne	-31	-5	5	14	18	7	12	30,3	22,2
Verbraucherpreise									
Jahresdurchschnitt	2 221	709	53	64	73	294	169	61,1	15,7
Dezember zu Dezember	1 960	244	39	63	182	251	107,5	46,1	-
Industrielle Erzeugerpreise									
Jahresdurchschnitt	1 916	499	34	88	72	356	186	71,8	39,4
Dezember zu Dezember	1 857	140	31	91	201	245	168	39,4	-
Arbeitslosenquote am Periodenende	2,1	2,7	3,9	2,8	2,3	2,1	2,1	2,3	2,6

^a Real. – ^b Auf Tonnenbasis. – ^c Auf der Basis des jährlichen Durchschnitts. – ^d November zu November.

Quellen: Minstat: Respublika Belarus' v cifrach, Minsk 1997, S. 5, 57 und 169; Minstat: Statističeskij bjulleten', Nr. 12/2000; Minstat: O Rabote Narodnogo Chozjajstva Respubliki Belarus', Dekabr' 2001, Janvar' 2002g. bzw. Janvar'-Mart 2002 g.

¹⁹ Soweit nicht anders vermerkt, sind alle Angaben den Bulletins des Ministeriums für Statistik (Minstat) entnommen. Vgl. Minstat: Statistical Bulletin, Minsk.

Tabelle 2:
 Investitionsentwicklung in konstanten Preisen, 1993 bis I. Quartal 2002
 - Veränderungen gegenüber den Vorjahreszeiträumen in % -

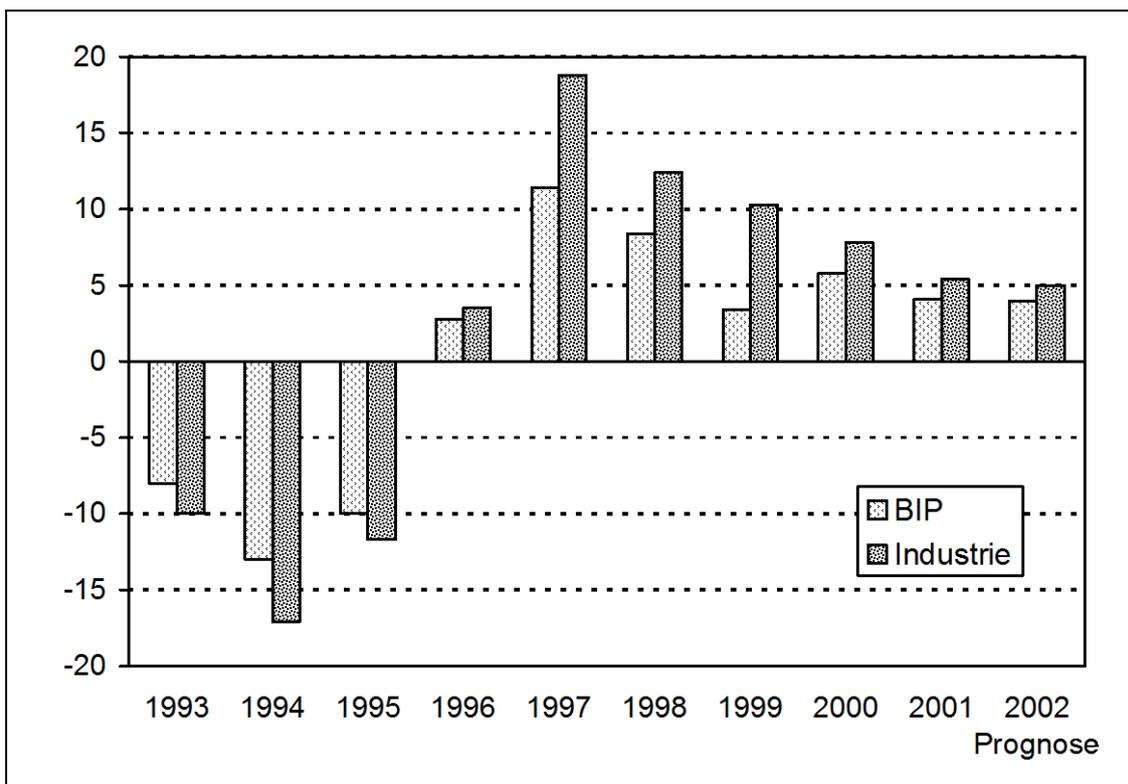
	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	I. Qu. 2002
Investitionen insgesamt	-15	-11	-31	-5	20	25	-8	2	-6	7
Produzierender Bereich	-13	-10	-29	2	14	25	-13	4	-1	24
Industrie	-11	12	-36	0	19	41	-27	11	-3	.
Landwirtschaft	-31	-46	-34	-16	1	34	-14	8	-31	7
Bauwirtschaft	-12	-20	-47	-32	23	43	18	-24	-36	4
Transport	7	-24	0	0	23	-5	12	-12	15	.
Nachrichtenwesen	37	-5	100	81	-20	-21	-2	-9	18	.
Handel und Gaststätten	-3	81	-62	19	15	59	11	-11	-35	.
Materialversorgung und Absatz	48	-24	-15	27	71	8	77	51	-6	.
Nichtproduzierender Bereich	-16	-12	-33	-14	29	24	0	0	-13	.
Wohnungsbau	-19	-10	-44	-5	42	27	-2	4	-6	.
Kommunalwirtschaft	-8	-27	-19	-12	8	17	-12	6	-4	.
Gesundheitswesen, Sport, soziale Sicherung	-22	-12	-16	-30	28	13	26	-17	-19	.
Bildungswesen	-12	-13	-58	-1	26	11	-5	-28	31	.
Kultur und Kunst	-13	-25	-29	-24	21	88	-14	71	-42	.
Wissenschaft	-15	-24	-23	-65	150	-13	1	68	-50	.
Finanzsektor, Banken, Versicherungen	.	138	28	-41	-27	39	41	-21	-13	.

Quellen: Minstat: Statističeskij Bjuleten', Dekabr' 2001; Minstat: O Rabote Narodnogo Chozjajstva Respubliki Belarus', Janvar'-Mart 2002 g.

Das Wachstum der Industrieproduktion schwächte sich ebenfalls ab. Überdurchschnittliche Zuwächse verzeichneten lediglich der Maschinenbau und die Nahrungsmittelinindustrie. Der Produktionsanstieg erfolgte trotz gravierender Absatzprobleme, sodass gleichzeitig auch die Lagerhaltung zunahm. Einen Rückgang der Produktion verzeichnete nur die Elektrizitätswirtschaft. Die Bauproduktion ging wegen der geringeren Anzahl fertiggestellter Wohnungen deutlich zurück (-11%). Das Gütertransportvolumen (gemessen in Tonnen) nahm um 4% zu, die Gütertransportleistung (Tkm) dagegen um 6% ab. Der Rückgang der Verkehrsleistung betraf den Eisenbahn- wie den Kraftver-

kehr. Die erhöhte Leistung des Pipeline-Verkehrs (+9%) ging im Wesentlichen auf gestiegene Lieferungen von Rohöl nach Westeuropa zurück.

Abbildung 1:
BIP und Industrieproduktion
- Veränderung in % zum Vorjahr -



Quelle: Minstat: Statističeskij Bjuulleten', verschiedene Ausgaben.

In der Landwirtschaft verschärften sich die Probleme weiter, obgleich die Produktion gegenüber dem Vorjahr nahezu unverändert blieb und der Sektor von der Regierung präferiert wird. Engpässe entstanden insbesondere durch den Mangel an Brennstoffen und Düngemitteln. Deshalb mussten beispielsweise 300 000 t Weizen eingeführt werden. Dies entsprach knapp 40% der Jahresproduktion von 1999, dem letzten Jahr, für das die Produktion der einzelnen Getreidesorten ausgewiesen wurde. Knapp zwei Drittel aller landwirtschaftlichen Betriebe wiesen einen Bilanzverlust aus.²⁰ Wegen anhaltender Liquiditätsprobleme ordnete Präsident Lukaschenko bereits im Frühjahr 2002 einen Tilgungsaufschub für Warenkredite an, um den Kauf von Saatgut und Düngemitteln für die nächste Ernte nicht zu gefährden.

Der Außenbeitrag verbesserte sich im Jahr 2001 gegenüber dem Vorjahr (vgl. Tabelle 7). Gleichwohl gab es, trotz eines Überschusses in der Dienstleistungsbilanz,

²⁰ Vgl. National'naja Ekonomičeskaja Gazeta vom 28. Dezember 2001, S. 5.

einen Netto-Transfer von Ressourcen aus dem Ausland. Die *Terms of Trade* stiegen im Laufe des Jahres 2001 sowohl gegenüber Russland als auch gegenüber der übrigen Welt. Der Grund hierfür lag in dem stärkeren Rückgang der Importpreise, insbesondere für Energieträger, verglichen mit den Exportpreisen.

Tabelle 3:
Industrieproduktion nach Zweigen, 1992 bis I. Quartal 2002
- Veränderungen gegenüber den Vorjahreszeiträumen in % -

	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	I. Qu. 2002
Industrie insgesamt ^a	-9	-9	-15	-12	4	19	12	10	8	5	2
Elektrizitätswirtschaft	-3	-11	-11	-16	-2	6	-7	5	-3	-1	-5
Brennstoffindustrie	-38	-32	-13	11	-5	-1	1	2	15	5	3
Eisen- und Stahlindustrie	-14	-14	-13	-1	23	35	15	0	10	7	17
Maschinenbau und Metallverarbeitung	-7	3	-14	-20	2	26	16	16	15	11	14
Chemie und Petrochemie	-15	-12	-17	9	7	19	8	7	3	5	-1
Holz-, Holzverarbeitungs-, Zellstoff- und Papierindustrie	-7	-3	-13	-10	14	35	22	16	6	5	-2
Baustoffindustrie	-11	-24	-29	-21	-4	26	15	2	-2	3	3
Leichtindustrie	1	2	-23	-34	12	27	23	11	5	0	-8
Nahrungsmittelindustrie	-18	0	-6	-13	6	21	19	14	7	11	6

^a Ohne Kleinunternehmen, Genossenschaften, Jointventures und industrielle Nebenbetriebe anderer Wirtschaftszweige.

Quellen: Minstat: Statističeskij Bjuleten', Dekabr' 2001, Minstat: O Rabote Narodnogo Chozjajstva Respubliki Belarus' Janvar'-Dekabr' 2001 g. und Janvar'-Mart 2001g.

Ursächlich für das Wirtschaftswachstum war die Nachfragestimulierung durch das staatliche Lohnerhöhungsprogramm. Im Wahlkampf für die Präsidentschaftswahlen im September 2001 versprach Präsident Lukaschenko den Beschäftigten im Staatssektor einen durchschnittlichen Monatslohn von umgerechnet 100 US-Dollar. Im staatlichen Sektor der Volkswirtschaft waren im Jahresdurchschnitt knapp zwei Drittel aller Erwerbstätigen beschäftigt. Im Laufe des Jahres 2001 wurde das Versprechen eingelöst.

Die Lohnsteigerungen im Staatssektor induzierten Lohnerhöhungen auch in anderen Bereichen der Volkswirtschaft. Der Durchschnittslohn stieg von umgerechnet 71 US-Dollar im Januar 2001 auf 102 US-Dollar ein Jahr später. Dies hatte schwerwiegende ökonomische Auswirkungen: Der verordnete Lohnanstieg bedeutete für die Unternehmen einen kräftigen Kostenschub, weil der Produktivitätszuwachs deutlich geringer ausfiel. Massenentlassungen konnten die Unternehmen wegen der implizit bestehenden staatlichen Beschäftigungsgarantie nicht vornehmen. Deshalb reagierten sie auf den Gewinneinbruch mit drastischen Kürzungen der Investitionsausgaben. Gleichzeitig begegneten sie den Liquiditätsengpässen mit verzögerten Lohn- und

Steuerzahlungen, und bei Geschäften mit Vorlieferanten griffen sie zunehmend auf den Barterhandel zurück.

Gegen Jahresende 2001 wiesen 34% aller Unternehmen einen Bilanzverlust aus. Die durchschnittliche Umsatzrentabilität fiel im Jahr 2001 gegenüber dem Vorjahr um 5 Prozentpunkte auf rund 8%. Im ersten Quartal 2002 hielt die rückläufige Tendenz weiter an. Der kräftige Anstieg der Zahl der illiquiden und insolventen Unternehmen führte zu der Eröffnung von etwa 700 Konkursverfahren. Dies betraf Unternehmen aller Eigentumsformen, d. h. Genossenschaften als auch private und staatliche Betriebe.

Arbeitsmärkte, soziale Lage

Die staatlich verordneten Lohnerhöhungen verbesserten die soziale Lage der Bevölkerung deutlich. Der Durchschnittslohn, gemessen an den Tarifverträgen, stieg 2001 real um 30% gegenüber dem Vorjahr. Gleichzeitig kamen jedoch die Unternehmen ihren Vertragsverpflichtungen nicht vollständig nach. Die Zahlungsrückstände bei den Löhnen nahmen im Jahresverlauf sprunghaft zu. Sie entsprachen im April 2002 etwa einer Monatslohnsumme. Dies bedeutete eine Verzehnfachung des Anteils der ausstehenden Löhne gegenüber dem Jahresende 2000. Grob geschätzt erfuhren die Arbeitnehmer dadurch eine tatsächliche Realloohnerhöhung von 20%. Der reale Zuwachs der Durchschnittsrente betrug rund ein Fünftel. Insgesamt stiegen die Realeinkommen im Jahr 2001 um ein Viertel.

Die Lohndifferenzierung nahm gegenüber dem Vorjahr zu. Überdurchschnittlich stark stiegen die Löhne vor allem in der Industrie und im Bankgewerbe. Die geringsten Lohnzuwächse waren in der Landwirtschaft und im Gesundheitswesen zu verzeichnen. Mit den Lohnerhöhungen wurde im März 2001 auch der monatliche Mindestlohn um 70% auf 17 000 Rubel (etwa 13,40 US-Dollar) angehoben. Nach offiziellen Angaben stieg die Arbeitslosenquote zwar leicht im Jahresverlauf, betrug aber lediglich 2,3% im Dezember 2001. Bei einer nur leicht gesunkenen Erwerbstätigenquote verbirgt sich hinter dieser Entwicklung vermutlich sowohl ein Anstieg der verdeckten Arbeitslosigkeit als auch eine Zunahme der stillen Reserve. Die Anreize einer Person ohne Arbeit, sich als arbeitslos registrieren zu lassen, sind wegen der spärlichen Arbeitslosenunterstützung, die Ende 2001 nur knapp einem Zehntel des monatlichen Durchschnittslohns entsprach, außerordentlich gering. Damit fiel eine nach der ILO-Methode ermittelte Arbeitslosigkeit bedeutend höher aus, als die registrierte Arbeitslosigkeit angibt.

Staatshaushalt und Fiskalpolitik

Die Fiskalpolitik war ebenfalls stark geprägt von den Auswirkungen des staatlichen Lohnerhöhungsprogramms. Das Defizit des konsolidierten Haushalts lag bei 1,7% des BIP. Es fiel damit geringfügig höher aus als im Haushaltsgesetz für 2001 ursprünglich geplant war (1,5%). Abzüglich des Schuldendienstes ergab sich ein Primärüberschuss,

der allerdings erheblich niedriger war als im Vorjahr. Damit war der konsolidierte Haushalt expansiver angelegt als der Haushalt des Jahres 2000.

Tabelle 4:
Ausgewählte Einnahmen und Ausgaben des konsolidierten Haushalts, 1998 bis 2001

	1998	1999	2000	2001
	<i>Einnahmen (Struktur in %)</i>			
Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0
Mehrwertsteuer	25,7	25,1	25,7	25,1
Akzisen	11,0	9,5	8,0	7,6
Gewinnsteuer	12,4	13,5	12,4	11,4
Einkommensteuer	10,5	8,5	8,7	9,1
Vermögenssteuer	3,8	1,7	2,9	4,2
Zölle etc.	6,4	5,4	4,5	5,2
Fonds auf Republikebene ^a	7,7	8,5	9,5	9,7
Sonstige Einnahmen ^b	22,5	27,8	28,3	27,7
	<i>Ausgaben (Struktur in %)</i>			
Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0
Volkswirtschaft	24,0	22,1	22,0	15,2
Bildung, Kultur, Soziales, Gesundheit	37,5	34,1	36,7	38,4
Wissenschaft	1,2	1,2	1,1	1,1
Katastrophenschutz und -folgen	5,2	4,3	3,4	3,8
Verteidigung	3,0	2,6	2,8	3,1
Rechtsorgane	5,4	4,9	5,3	5,8
Verwaltung	3,1	2,6	2,7	2,8
Außenwirtschaft	0,7	1,0	1,0	0,9
Schuldendienst	2,0	2,0	2,5	2,1
Sonstige Ausgaben	17,9	25,2	22,5	26,8
Saldo in % der Ausgaben	-2,8	-7,5	-1,7	-4,7
	<i>Anteile am BIP in %</i>			
Einnahmen	36,2	36,5	34,9	33,9
Ausgaben	36,5	39,4	35,5	35,6
Saldo	-0,3	-2,9	-0,6	-1,7

^a Bis 1997 wurden Republikfonds und Einnahmen der lokalen Behörden nicht dem konsolidierten Haushalt zugerechnet. – ^b Die Position "Sonstige" umfasst u. a. die Einnahmen lokaler Behörden, im Jahr 2000 etwa 9% der Gesamteinnahmen, sowie eine Lohnfondssteuer im Umfang von etwa 2,3%.

Quellen: Interne Unterlagen des Ministeriums der Finanzen der Republik Belarus; Berechnungen des IWH.

Die direkten Effekte des verordneten Lohnanstiegs auf das Budget bestanden in höheren Personalausgaben. Indirekt war der Haushalt betroffen, weil der Gewinneinbruch bei den Unternehmen zu geringeren Einnahmen aus der Gewinnsteuer führte. Verzögerte

Steuerzahlungen führten ebenfalls zu Mindereinnahmen. Hinzu kamen deutlich höher als erwartete Mehrwertsteuerrückerstattungen für exportierte Güter.²¹ Die Zentralregierung reagierte ihrerseits mit einem Aufschub der Transferzahlungen zum Ausgleich des Defizits beim Sozialversicherungsfonds. Dabei hätte sich die finanzielle Situation des Sozialversicherungsfonds angesichts des günstigeren Renten/Lohn-Verhältnisses eigentlich verbessern müssen. Dem war jedoch nicht so, weil die Unternehmen der Abführungspflicht ihrer Sozialversicherungsbeiträge nur unvollständig und mit erheblichen zeitlichen Verzögerungen nachkamen. Als Reaktion auf die Einnahmeausfälle wurden teilweise auch Subventionen gekürzt. Hiervon war besonders das Bahnwesen betroffen.

Zur Finanzierung des Haushaltsdefizits wurde hauptsächlich auf Kredite der Nationalbank zurückgegriffen, die eine Expansion der Geldmenge bedingten. Etwa ein Drittel wurde durch die Emission von kurz- und langfristigen Staatsanleihen (GKO und DGOs) finanziert, die überwiegend bei Geschäftsbanken platziert wurden. Neben der Finanzierung erfüllten die Anleihen teilweise noch einen weiteren Zweck: Mit einem Abschlag versehen, dienten sie als Pfand zur Besicherung von Bankkrediten an landwirtschaftliche Betriebe. Im Jahr 2003 soll die Anleihebegebung auch an Private zugelassen werden.

Im August 2001 wurde die erste Tranche in Höhe von 30 Mio. US-Dollar des russischen 100 Mio. US-Dollar-Kredits ausgezahlt. Ursprünglich diente der Kredit zur Finanzierung von Ausgaben zur Errichtung des anvisierten gemeinsamen Unionsstaates. Er wurde jedoch teilweise zur Finanzierung anderweitiger, laufender Ausgaben herangezogen. Dazu gehörten auch Tilgungszahlungen. In der Vergangenheit war die Regierung ihren Zahlungsverpflichtungen gegenüber ausländischen Gläubigern immer vollständig und pünktlich nachgekommen. Wegen der skeptischen Haltung potentieller ausländischer Gläubiger gegenüber den Wachstumsaussichten kam es – abgesehen vom russischen Kredit – zu keinem neuen Kreditabschluss. Aufgrund des höheren Haushaltsdefizits stieg die Staatsverschuldung von rund 4% im Jahr 2000 auf 4,5% des BIP im Jahr 2001.

Inflation und Geldpolitik

Die jahresdurchschnittliche Inflationsrate – gemessen an der Veränderung des Konsumentenpreisindex –, die 2000 noch bei 170% lag, ging auf 60% im Jahr 2001 zurück. Mit dem Rückgang der Inflation senkte die Nationalbank den Refinanzierungszinssatz schrittweise von 80 % im Januar 2001 auf 48% ein Jahr später. Trotz der geringeren Preissteigerungsraten war die Geldpolitik der Nationalbank weiterhin expansiv ausgerichtet. Die Geldbasis stieg real um rund ein Viertel. Treibende Kraft war hier die inländische Komponente, die rund 60% der Geldbasis ausmachte. Der Anstieg der inländischen Komponente ging im Wesentlichen auf einen Abbau der Guthaben der einzelnen Ministerien bei der Nationalbank zurück, wodurch wahrscheinlich die Lohnsteigerun-

²¹ Vgl. hierzu IWF, Republic of Belarus: 2001 Article IV Consultation, IMF Country Report No. 02/23, 2002, S. 10.

gen finanziert wurden. Ohne diesen Abbau wäre das Defizit im Haushalt höher ausgefallen. Somit stiegen die Verbindlichkeiten der Regierung gegenüber der Nationalbank nur um rund ein Zehntel.

Der geringfügige Rückgang der Forderungen gegenüber den Geschäftsbanken deutet auf geringere Unternehmenssubventionen in Form von gelenkten Krediten hin. Von der Verwendungsseite der Geldbasis her betrachtet, reflektiert die Zunahme des Bargeldes der Nichtbanken die kräftigen Lohnsteigerungen im zweiten und dritten Quartal 2001.

Tabelle 5:

Wachstumsraten der Geldmengenaggregate, 1997 bis 2001

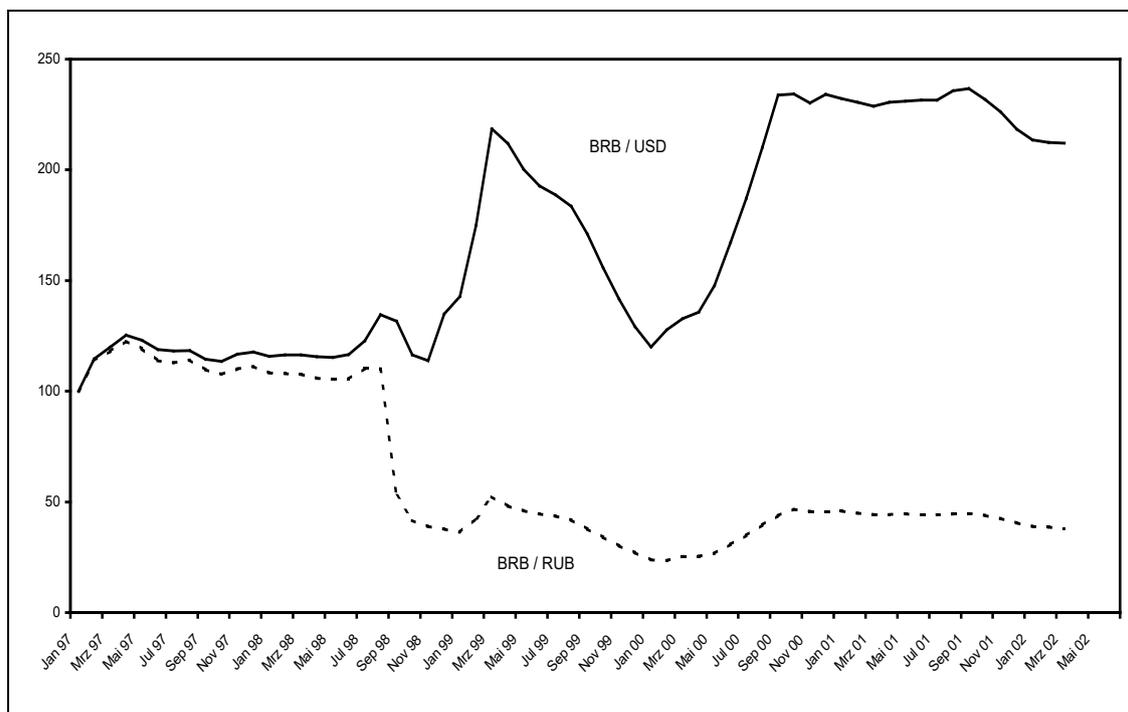
- Periodenendwerte, in % gegenüber der Vorperiode -

	1997	1998	1999	2000	2001
Geldbasis	105	167	174	128	126
Erweiterte Geldmenge		276	133	219	88
M3	111	276	133	134	89
<i>Memorandum</i>					
Verbraucherpreise	63	182	251	108	46
Erzeugerpreise	91	201	243	168	39

Quellen: Minstat: Statističeskij Bjulleten', verschiedene Ausgaben; interne Unterlagen der Nationalbank der Republik Belarus; Berechnungen des IWH.

Abbildung 2:

Entwicklung des realen Wechselkurses



Quellen: Minstat: Statističeskij Bjulleten', verschiedene Ausgaben.

Die erweiterte Geldmenge M2 wuchs real nur um knapp 17%. Die geringere Zuwachsrate der erweiterten Geldmenge M2 im Vergleich zum Wachstum der Geldbasis ist auf einen gesunkenen Geldschöpfungsmultiplikator zurückzuführen. Es gibt zwei Haupteinflussfaktoren auf den Multiplikator: den Mindestreservesatz der Nationalbank und die Bargeldquote. Zwar blieb der Mindestreservesatz für Rubel einlagen privater Haushalte im Jahr 2001 formal unverändert bei 16%, doch die Geschäftsbanken verstießen des Öfteren gegen die Mindestreserveauflagen der Nationalbank, was einer impliziten Senkung des Reservesatzes gleichkam. Der Multiplikator hätte dennoch steigen müssen. Die gestiegene Bargeldquote der privaten Haushalte machte den Effekt eines niedrigeren Mindestreservesatzes jedoch mehr als wett. Der Anteil des Bargeldes an der Geldmenge M2 stieg im Jahresverlauf 2001 um fünf Prozentpunkte auf 41%.

Tabelle 6:

Herkunft und Verwendung der Geldbasis, 1997 bis 2001

- Periodenendwerte in % der Geldbasis -

	1997	1998	1999	2000	2001
<i>Herkunft</i>					
Devisenreserven (netto)	9,3	7,9	8,3	42,8	42,7
Inländische Aktiva (netto)					
darunter:	90,7	92,1	91,7	57,2	57,3
Forderungen an die Regierung	53,0	75,4	76,9	63,0	55,5
Forderungen an die Banken	62,6	70,3	30,1	25,8	19,8
Forderungen an den Privatsektor	0,6	0,4	1,1	1,8	1,5
Sonstige Aktiva	-25,5	-54,1	-16,4	-33,4	-19,5
<i>Verwendung^a</i>					
Bargeld	48,7	40,8	47,0	56,0	60,1
Pflichtreserven der Banken	29,5	27,9	26,8	29,5	27,7
Überschussreserven der Banken	19,7	29,1	22,9	15,2	11,5

^a Die Differenz zwischen den Anteilen der drei aufgeführten Kategorien und 100 % besteht aus "sonstigen" Konten, die nicht den Reserven zugerechnet werden.

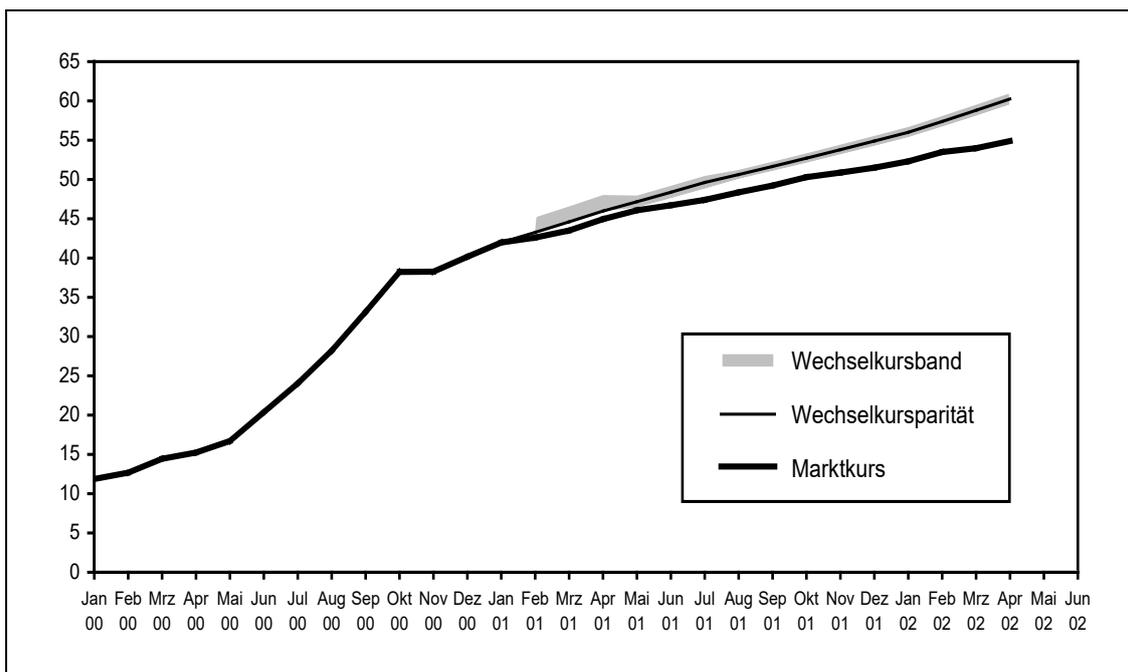
Quellen: IMF, International Financial Statistics, April 2001; interne Unterlagen der Nationalbank der Republik Belarus; Berechnungen des IWH.

Trotz der deutlichen Ausweitung der erweiterten Geldmenge in der zweiten Jahreshälfte 2001 ging die Inflation zurück, weil die Geldnachfrage ebenfalls stieg. Die Änderung der Kassenhaltungsgewohnheiten der Bevölkerung wurde durch die positiven Realzinsen begünstigt, die die Geldkapitalbildung stimulierten. Ein weiterer Faktor, wenn auch weniger gewichtig, war die Umstellung der Zahlungsweise der Löhne. Mit den Lohn erhöhungen wurden die Löhne entgegen der bisherigen Praxis nicht mehr bar ausgezahlt, sondern auf ein Bankkonto überwiesen. Dies hatte den von der Regierung gewünschten Effekt, dass der inflationäre Druck der Geldmengenausweitung gedämpft wurde, weil lediglich ein Teil der Guthaben für Transaktionen abgehoben und damit

unmittelbar nachfragewirksam wurde. Der Rest wurde in Sparguthaben umgewandelt. Insgesamt stiegen sowohl die Rubelspareinlagen als auch die Einlagen in Devisen kräftig an.

Die staatlich verordneten Lohnerhöhungen waren insbesondere im zweiten und dritten Quartal 2001 ursächlich für den sprunghaften Anstieg des Bargeldumlaufs und der Bankeinlagen der privaten Haushalte. Gleichzeitig fragte die Bevölkerung verstärkt Devisen nach, sodass die Nationalbank zur Stabilisierung des Wechselkurses auf dem Markt intervenieren musste. Insgesamt ist der Monetisierungsgrad der Volkswirtschaft gestiegen. Positive Realzinsen auf Rubeleinlagen bei den Banken verhinderten einen weitergehenden Abzug für konsumtive Zwecke. Allerdings besteht die Gefahr, dass die Rubeleinlagen über kurz oder lang entweder in Devisen umgetauscht oder abgezogen werden. Angesichts der extrem niedrigen Reserven besitzt die Nationalbank kaum noch Möglichkeiten, den Wechselkurs über eine Intervention wie im vergangenen Jahr zu stabilisieren.

Abbildung 3:
Entwicklung des BRB/RUB-Wechselkurses



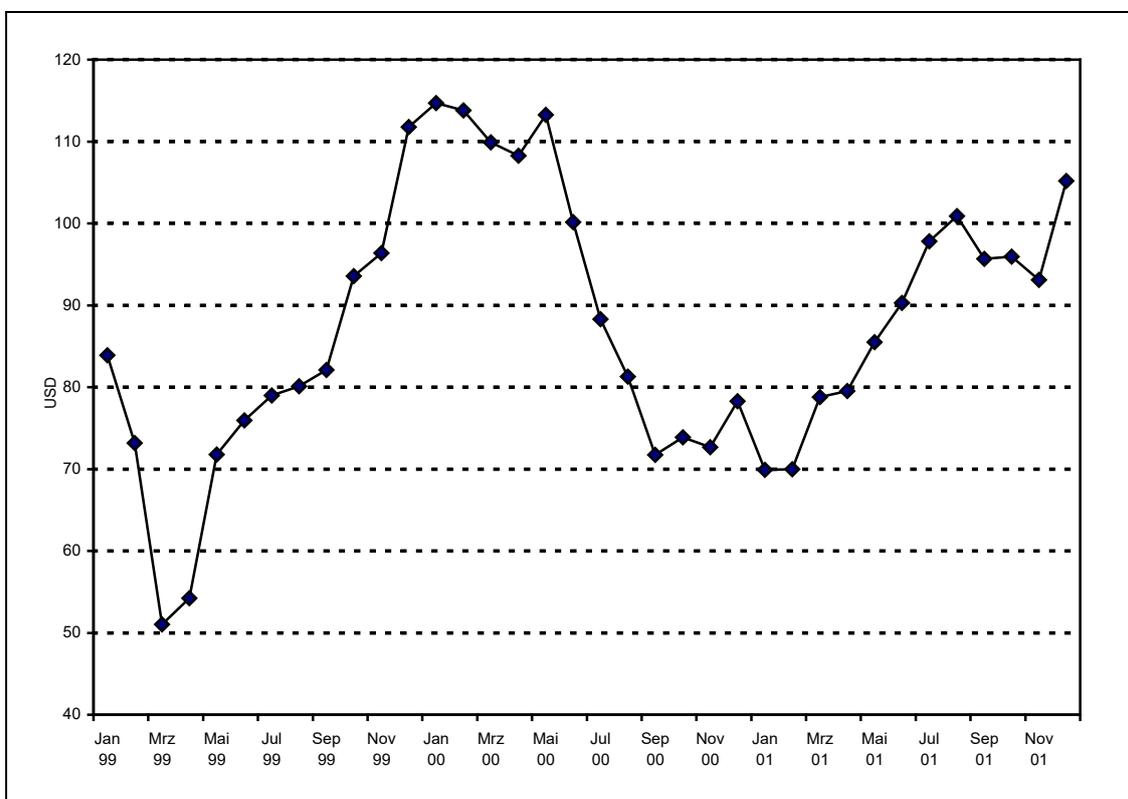
Quellen: Belarussian Economic Trends, verschiedene Ausgaben; Minstat: Statističeskij Bjulleten', verschiedene Ausgaben; interne Unterlagen der Nationalbank der Republik Belarus; Berechnungen des IWH.

Seit der Vereinheitlichung des Wechselkurses im September 2000 verfolgt die Nationalbank ein Wechselkursziel. Das Ziel besteht in der Vermeidung einer übermäßigen realen Aufwertung der eigenen Währung gegenüber dem russischen Rubel. Als eine Maßnahme zur Stabilisierung des Preisniveaus führte die Nationalbank Anfang 2001 ein gleitendes Wechselkursband mit dem russischen Rubel als Ankerwährung ein. Die im

voraus angekündigten Abwertungsraten werden vierteljährlich überprüft. Im April 2002 betrug die monatliche Abwertungsrate 2,4% und die Bandbreite der zulässigen Wechselkursschwankungen drei Prozentpunkte. Seit Einführung des Wechselkursbandes lag der Marktkurs beständig unterhalb des Bandes, was eine höhere Bewertung des Rubel als vorgesehen impliziert. Die Nationalbank schöpfte also den Abwertungsspielraum nicht vollständig aus. Der Grund hierfür dürfte in ihren Bemühungen liegen, den Preisanstieg von der ausländischen Seite her zu dämpfen, da die Lohnpolitik den inflationären Druck bereits kräftig erhöhte.

Die Aufrechterhaltung des Wechselkursziels ist allerdings durch die expansive Fiskal- und Einkommenspolitik der Regierung gefährdet. Die Entschlossenheit der Regierung bei der Durchsetzung der versprochenen Lohnerhöhungen lassen auf eine Dominanz der Lohnpolitik gegenüber der Wechselkurspolitik schließen. Die stabilitätspolitisch unsinnige Idee, den Durchschnittslohn auf umgerechnet 100 US-Dollar anzuheben und im Jahr 2002 sogar noch darüber hinaus zu gehen, ist mit dem Wechselkursziel unvereinbar. Im Zeitraum November 1999 bis Mai 2000 war der Lohn schon einmal auf einem solch hohen Niveau. In der Folgezeit geriet der Rubel unter Druck und wertete um mehr als 50% gegenüber dem russischen Rubel ab.

Abbildung 4:
Entwicklung des durchschnittlichen Brutto-Monatslohns
- in US-Dollar -



Quelle: Minstat: Statističeskij Bjuulleten', verschiedene Ausgaben.

Außenwirtschaftliche Entwicklung und Zahlungsbilanzprobleme

Die Entwicklung der Zahlungsbilanz im Jahr 2001 war durch eine Verringerung des Handels- und Leistungsbilanzsaldos gekennzeichnet. Leicht gestiegenen Exporten stand ein starker Rückgang der Importe gegenüber. Der Rückgang der Importe ging vor allem auf gesunkene Rohstoffpreise zurück. Mengenmäßig blieb die Einfuhr von Erdöl und Erdgas im Jahr 2001 gegenüber dem Vorjahr nahezu unverändert. Das Handelsbilanzdefizit (nach der Zahlungsbilanzstatistik) fiel um knapp 100 Mio. US-Dollar auf 780 Mio. US-Dollar. Da auch ein Rückgang bei den Einnahmen aus den Nettofaktordienstleistungen zu verzeichnen war, ging das Defizit der Leistungsbilanz nur leicht zurück. Die Kapitalzuflüsse überstiegen geringfügig das Defizit in der Leistungsbilanz. Dabei überwogen die empfangenen Handelskredite. Der Mittelzufluss in Form von Direktinvestitionen betrug rund 110 Mio. US-Dollar und lag damit in etwa auf dem Vorjahresniveau.

In dem größtenteils auf Russland ausgerichteten Handel – er umfasste mehr als 60% der Importe, vor allem von Energie und Rohstoffen, sowie über 50% der Exporte – entstand ein Passivsaldo in Höhe von rund 1,1 Mrd. US-Dollar, der durch den Handel mit der übrigen Welt nur teilweise wettgemacht wurde. Die Handelsentwicklung mit Russland wurde im Wesentlichen von zwei Faktoren beeinflusst:

Zum einen fiel die Wechselkursentwicklung für Belarus ungünstig aus. Der belarussische Rubel wertete gegenüber dem russischen Rubel in den 12 Monaten seit Dezember 2000 um rund 22% ab. Bei einer Inflationsdifferenz von 40 Prozentpunkten bedeutete dies eine deutliche reale Aufwertung des belarussischen Rubel.

Zum anderen änderten sich die Zahlungsmodalitäten. Infolge der zunehmenden Weigerung russischer Exporteure, sich Lieferungen von Rohstoffen und Energie durch Gegengeschäfte entgelten zu lassen, gingen die Bartergeschäfte um rund ein Drittel zurück. Der Spielraum für Preiskonzessionen wurde dadurch geringer und somit wahrscheinlich die Leistung für den Importeur teurer. Demzufolge verringerte sich der Anteil des Barter aus belarussischer Sicht auf 18% bei den Exporten und auf 13% bei den Importen. Mittlerweile wird die Hälfte des gegenseitigen Handels in US-Dollar abgewickelt.

Infolge der häufigen Interventionen der Nationalbank zur Stützung des Wechselkurses gingen die Devisenreserven im Laufe des Jahres 2001 um fast ein Drittel auf rund 110 Mio. US-Dollar im Dezember 2001 zurück. Dies entsprach einer Importdeckung von nur noch wenigen Tagen. Im ersten Quartal 2002 wendete die Nationalbank für Stützungsinterventionen weitere 30 Mio. US-Dollar auf. Insgesamt wird somit die Glaubwürdigkeit des Wechselkursbandes nicht nur durch die Inkonsistenz der Wirtschaftspolitik stetig erodiert, sondern auch durch die rasch schwindenden Devisenreserven.

Tabelle 7:
Zahlungsbilanz, 1998 bis I. Quartal 2002
- Mio. US-Dollar -

	1998	1999	2000	2001	I. Qu. 2002
Außenhandel, Saldo	-1 350,1	-570,0	-884,1	-778,7	-244,6
Exporte	7 138,1	5 646,4	6 640,5	7 240,1	1 599,1
Importe	-8 488,2	-6 216,4	-7 524,6	-8 018,8	-1 843,7
Nichtfaktordienstleistungen	481,9	314,5	453,0	398,7	108,0
Export	925,1	753,3	1 015,6	1 043,6	239,2
Import	-443,2	-438,8	-562,6	-644,9	-131,2
Faktordienstleistungen	-92,9	-42,0	-46,7	-44,4	-8,8
Transfers (netto)	95,6	103,8	154,7	154,1	43,9
Saldo der Leistungsbilanz	-865,5	-193,7	-323,1	-270,3	-101,5
Kapitaltransfers	170,1	60,4	69,4	56,3	17,4
Direktinvestitionen (netto)	146,9	443,2	118,6	107,7	23,7
Direktinvestitionen Abflüsse	-2,3	-0,8	-0,2	-0,3	-0,2
Direktinvestitionen Zuflüsse	149,2	444,0	118,8	108,0	23,9
Portfolioinvestitionen (netto)	14,6	-20,6	44,4	-34,9	5,9
Portfolioinvestitionen Abflüsse	28,0	-15,4	-5,7	10,5	-3,3
Portfolioinvestitionen Zuflüsse	-13,4	-5,2	50,1	-45,4	9,2
Andere Investitionen (netto)	139,5	-23,1	-22,9	178,8	-151,3
Saldo der Kapitalverkehrsbilanz	470,9	459,9	209,5	307,9	-104,3
Statistisch nicht aufgliederbare Transaktionen	75,3	-246,3	238,8	-119,2	149,2
Saldo der Zahlungsbilanz	-319,3	19,9	125,2	-81,6	-56,6
Finanzierung	319,3	-19,9	-125,2	81,6	56,6
Reserveaktiva	54,6	34,5	-75,6	5,2	31,9
Internationale Kredite	-24,4	-58,0	-55,8	38,6	-14,6
Sonderfinanzierung	289,1	3,6	6,2	37,8	39,3

Quellen: Nationalbank der Republik Belarus: Platežnyj balans Respubliki Belarus na 2000g, Minsk;
Berechnungen des IWH.

Wirtschaftspolitische Maßnahmen, Privatisierung und Strukturwandel

Im Jahr 2001 wurden in verschiedenen Bereichen Strukturreformen vorgenommen, die aber insgesamt noch unzureichend ausfielen. Unübersehbar ist jedoch, dass stärker als

in den Vorjahren die Regierung bemüht ist, Empfehlungen des Internationalen Währungsfonds nachzukommen.²² Fortschritte gab es bei der Liberalisierung staatlich kontrollierter Preise. Für importierte Güter wurde beispielsweise die Obergrenze für die Handelsspanne aufgehoben. Die Anzahl der Artikel, die zu den so genannten „sozial bedeutsamen“ Produkten gerechnet werden, wurde reduziert. Gleichwohl verbleiben in dieser Kategorie noch insgesamt 24 Artikel – größtenteils aus dem Lebensmittelsortiment – deren Handelsaufschlag auf maximal 30 % begrenzt ist und deren monatliche Teuerungsrate nicht mehr als 2% betragen darf.

Die Privatisierung geht weiterhin nur zögerlich und schleppend voran. Somit ist mittelfristig kaum mit einem Wachstumsschub und einem verstärkten Zufluss ausländischen Kapitals zu rechnen. Im Jahr 2001 wurden lediglich 22 Unternehmen bzw. Unternehmensteile kommunalen Eigentums direkt oder auf Auktionen an Investoren verkauft. Republikeigentum wird schon seit 1995 mit Ausnahme des Jahres 2000 nicht mehr verkauft. Die Privatisierung war in vielen Fällen nur die bloße Entstaatlichung bzw. Umwandlung von Unternehmen in Aktiengesellschaften. Wurden im Jahr 2000 noch 129 Unternehmen in Aktiengesellschaften umgewandelt, so waren es ein Jahr später nur 39.

Im Oktober 2001 trat ein neues Investitionsgesetz in Kraft.²³ Das Gesetz betrifft sowohl inländische als auch ausländische Investoren. Die Grundintention des Gesetzes ist, die Investitionsbedingungen zu verbessern. Eine wichtige Neuerung des Gesetzes ist die Zulassung ausländischer Direktinvestitionen in Form von Konzessionen. Diese Investitionsform greift vorwiegend im Bereich der natürlichen Ressourcen (Wasser, Land, Wälder), die sich fast ausschließlich im staatlichen Besitz befinden und mit dem Gesetz erstmals für private Investoren zugänglich werden.

Mit Beginn des Jahres 2002 trat ein neues Bankengesetz in Kraft.²⁴ Ein zentrales Element ist die drastische Anhebung des Mindesteigenkapitals auf umgerechnet 10 Mio. Euro. Die höheren Eigenkapitalanforderungen sollen einer angemessenen Eigenmittelausstattung (Kapitaladäquanz) Rechnung tragen. Die Grundidee hinter der Anhebung ist eine bessere Unterlegung der Marktrisiken mit Eigenmitteln. Die Maßnahme zielt auf einen größeren Sicherheitspuffer zur Sicherung der Liquidität und Solvenz der Bank, beispielsweise bei Kreditausfällen. Dies ist auch dringend geboten, da Anfang 2002 der Anteil der notleidenden Kredite an den gesamten Aktiva des Bankensystems etwa 17% betrug.

Im Juli 2001 wurde eine Regelung verabschiedet, die die Reduzierung der Obergrenze für Kredite an Unternehmen, an denen die Bank beteiligt ist, von derzeit mehr als 80% auf 25% bis Ende 2002 vorsieht. Damit wird die Obergrenze derzeit geltendem EU-Recht entsprechen. Diese Maßnahme ist begrüßenswert, weil sie die Risikokumulation

²² Zu einzelnen Strukturreformen vgl. IWF, Republic of Belarus: 2001 Article IV Consultation, IMF Country Report No. 02/23, 2002.

²³ Die englische Fassung des Investitionsgesetzes ist verfügbar unter: <http://www.mfa.gov.by/eng/ek/code.pdf>.

²⁴ Vgl. Bankovskij Vestnik Nr. 5/2002.

auf Seiten der Banken begrenzt und somit zur Stabilität beiträgt. Bei einer Verschlechterung der Wirtschaftsentwicklung sinkt einerseits der Vermögenswert der Beteiligungen der Bank, andererseits steigt auch die Wahrscheinlichkeit von Kreditausfällen. Die Kombination beider Effekte könnte, ohne eine wirksame Kreditbegrenzung, die Liquidität und Solvenz einer Bank gefährden. Darüber hinaus hat die Regierung die Absicht bekundet, den staatlichen Anteil am gesamten Eigenkapital des Bankensystems von derzeit 80% auf 50% bis 2012 zu verringern. Der Zeitraum ist sehr großzügig bemessen und verspricht keine Beschleunigung im Strukturwandel des Bankensektors. Eine staatliche Mehrheitsbeteiligung soll nur noch in Ausnahmefällen vorgesehen sein.

Das Bankensystem umfasste Ende 2001 insgesamt lediglich 27 Institute mit einer Banklizenz. Im vergangenen Jahr verdoppelte sich der Anteil ausländischer Banken am Grundkapital des Bankensystems auf 10%. Dabei handelte es sich vorwiegend um russische Banken, die ihre Beteiligungen aufstockten.

Auch im Bereich der Devisenregulierung gab es Fortschritte. Im März 2001 wurde die Beschränkung des Devisenumtauschs für natürliche Personen von maximal 300 US-Dollar pro Tag aufgehoben. Seitdem können Private in der Höhe unbegrenzt Devisen umtauschen. Ebenfalls aufgehoben wurden Beschränkungen im *Over-the-counter*-Zahlungsverkehr in Devisen zwischen Banken und Unternehmen. Im November 2001 hat Belarus den Artikel VIII des IWF-Statuts anerkannt. Damit verpflichtet sich das Land, von Einschränkungen der Leistungsbilanzkonvertibilität abzusehen. Damit soll Investoren beispielsweise Sicherheit bei der Repatriierung von Gewinnen gegeben werden.

Ausblick

Die Impulse der bisherigen Lohnsteigerungen reichen für eine Fortsetzung des einkommensgeleiteten Wachstums zwar aus. Gleichwohl deutet die Entwicklung der wirtschaftlichen Aktivität in den ersten fünf Monaten des Jahres 2002 auf eine Abschwächung hin. Für das Jahr 2002 ist ein Wirtschaftswachstum von etwa 2% bis 3% zu erwarten. Eine drastische Verbesserung der Unternehmensgewinne ist nicht in Sicht. Dementsprechend werden die Anlageinvestitionen erneut zurückgehen, und die Wirtschaftsbelebung wird mit einem Substanzverzehr einhergehen. Schon jetzt sind Ansätze für eine Nicht-Zahlungskultur in den Beziehungen zwischen Unternehmen, Staat und Haushalten erkennbar, wie sie bisher nur von Russland bekannt war. Neben der inkonsistenten Wirtschaftspolitik gefährden die rasch schwindenden Devisenreserven die Glaubwürdigkeit des Wechselkursziels. Spätestens Mitte 2003 wird das Wechselkursziel entweder formal aufgegeben, oder seine Funktion als Anker für die Stabilisierungspolitik wird endgültig hinfällig geworden sein. Sollten die weiteren anvisierten Lohn erhöhungen allerdings wie geplant umgesetzt werden, würde sich die Abwärtsspirale sogar noch beschleunigen. Vor diesem Hintergrund wird auch im Jahr 2003 keine Belebung des Wirtschaftswachstums eintreten.